

„Wasser. Kraft. Bayern.“ heißt es am 23. Mai 2019 in Töging am Inn beim 7. Bayerischen WasserkraftForum. Die Bayerische Gemeindezeitung als Veranstalter lädt hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Lebensadern ein.  
Informationen unter [www.bayerisches-wasserkraftforum.de/](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de/)

# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bericht aus der Kabinettsitzung:

## Cybersicherheit stärken und weiterentwickeln

Initiative „Online – aber sicher!“ gestartet / Start von Passwortcheck

Die Cybersicherheit im Freistaat Bayern wird weiter gestärkt und deutlich weiterentwickelt. In der heutigen Ministerratssitzung hat das Kabinettdirektorium die unter Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales erarbeitete Initiative „Online – aber sicher!“ gestartet.

Ein Schwerpunkt des umfassenden Maßnahmenpakets der Staatsregierung ist, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen beim Schutz ihrer Daten zu unterstützen und im konkreten Ernstfall schnell und unbürokratisch zu helfen. Hierfür setzt die Staatsregierung auch auf vertiefte und engere Kooperation der Sicherheitsbehörden, vergleichbar einem Lagezentrum im Kri-

sen- bzw. Rettungsfall. Außerdem soll künftig der digitale Einbruch genauso bestraft werden, wie der analoge.

Die Initiative „Online – aber sicher!“ enthält fünf Säulen:

### 1. Prävention:

Durch einen neuen Passwortcheck soll die Sicherheit eines gewählten Passworts schnell und einfach überprüfbar gemacht werden. Dieser ist ab heute auf der Homepage des Digitalministeriums unter folgendem Link nutzbar: <https://www.stmd.bayern.de/service/passwort-check/>.

Durch eine breit angelegte Informationskampagne soll die Bevölkerung in allen Altersschichten für das Thema „Datensicherheit“ stärker sensibilisiert werden. Insbesondere an Schulen sollen die Digitalkompetenz bei Schülern und Lehrern gestärkt werden, zum Beispiel durch einen neuen Europäischen Computerführerschein im Bereich „IT-Sicherheit“.

Über verschiedene Kanäle, unter anderem soziale Medien und die BayernLabs, sollen Bür-

ger durch verschiedene Informationskampagnen praktisch und anschaulich für IT-Sicherheit sensibilisiert werden. Geplant sind beispielsweise Videos und Online-Vorträge.

Die IT-Sicherheit in Bayerns Kommunen soll unter anderem durch regionale IT-Sicherheitskonferenzen für Kommunalbedienstete weiter ausgebaut werden.

Bayerns Unternehmen werden durch spezielle Förderprogramme zur verstärkten Entwicklung von IT-Sicherheitslösungen und durch Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen, zum Beispiel dem Fraunhofer AISEC, im Bereich IT-Sicherheit weiter gestärkt.

Bayerns kleine und mittlere Unternehmen sollen insbesondere zur Früherkennung von Gefährdungslagen durch das Cyber-Allianz-Zentrum gezielt beraten und geschult werden.

### 2. Reaktion:

Für eine bessere Vernetzung von Unternehmen als potentielle Angriffsziele soll eine neue virtuelle Plattform (Security Operation Center) aufgebaut werden. Diese soll es bayerischen Unternehmen künftig erleichtern, ihre Firmennetzwerke gegen Angriffe zu schützen. (Fortsetzung auf Seite 4)

Geplante Neuregelung der Integrationskosten:

## Schlag ins Gesicht von Ländern und Kommunen

Auf heftigen Widerstand stoßen bei Ländern und Kommunen die Pläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, den Bundeszuschuss zu den Flüchtlingskosten drastisch zu kürzen. Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann bezeichnete dieses mögliche Vorgehen als „völlig indiskutabel“: Sollte der Bund sich hier seiner Verantwortung entziehen und diese massiven Kürzungen tatsächlich umsetzen, wäre dies aus seiner Sicht „ein verheerendes Signal, vor allem an die Kommunen“.

Herrmann fürchtet einen deutlichen Rückschritt bei der Integration, die maßgeblich von den Ländern und Kommunen gestemmt wird: „Diese radikalen Kürzungen wären ein Schlag ins Gesicht derer, die sich darum bemühen, die Integration von Flüchtlingen voranzutreiben.“ Die Bayerische Staatsregierung warnt davor, dass nach dem Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministers eine Halbierung der Flüchtlingsfinanzierung und am Ende dann sogar eine annähernde Dreiviertel-Kürzung der Mittel droht.

Anstelle der bisherigen Finanzmittel für Bund und Länder in Höhe von rund 4,7 Milliarden Euro pro Jahr soll künftig

eine gestaffelte Flüchtlingspauschale treten. In der Folge sinken die Integrationsmittel in den kommenden Jahren sehr deutlich ab. Ab dem Jahr 2022 werden die Leistungen nach Berechnungen nur noch rund 1,2 Milliarden Euro und damit etwa 25 Prozent der derzeitigen Summe betragen. Die pauschalen Zahlungen für Asylbewerber, die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft und die Integrationspauschale sollen zukünftig wegfallen.

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter (Deggen-dorf) betonte, sei die Kostenbelastung der Landkreise und kreisfreien Städte durch die



CSU: Mit einem gemeinsamen Programm ein klares Signal für Europa setzen.

Bild: CSU

CSU-Europa-Parteitag in Nürnberg:

## „Kompass statt Chaos“

Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU einstimmig verabschiedet

Zwei Monate vor der Europawahl hat die CSU auf einem kleinen Parteitag in Nürnberg ein deutliches pro-europäisches Zeichen gesetzt. Die Delegierten billigten einstimmig das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU für die Wahl am 26. Mai mit dem Titel „Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand.“

Gemeinsam mit ihrem Spitzenkandidaten Manfred Weber machen die Schwesterparteien den Menschen ein Angebot für ein bürgerliches Europa, das allen dient.

Programm für ein freies und sicheres Leben in Europa

„Europa soll jedem nützen, ganz konkret erfahrbar sein und

eine echte Energieunion ein, damit unser Europa auch auf diesem Feld nicht erpressbar ist.

4. Gemeinsame europäische Streitkräfte: Damit sich unser Europa gegen die neuen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts selbst verteidigen kann, schaffen wir bis 2030 gemeinsame Europäische Streitkräfte. Wir wollen die militärische Zusammenarbeit in Europa stärken, ohne dabei die nationalen Streitkräfte zu ersetzen. Als ersten Schritt bauen wir eine schlagkräftige Cyber-Brigade auf, um Cyberat-



Der Umgang mit den aktuellen Protesten – Stichwort Fridays for Future bzw. neue EU-Urhebersrichtlinie – ist für den Bürgermeister auch so etwas wie eine Lehrstunde in Demokratie. So zu tun, als sei alle Welt verpflichtet, den Forderungen nachzukommen, hält er für übertrieben. S. 11

## Sie lesen in dieser Ausgabe

|   | Seite   |
|---|---------|
| Innenminister Herrmann zur Kriminalitätsstatistik . . . . . | 2       |
| Landtag kostet knapp 14 Euro pro Bürger . . . . .           | 2       |
| Vielfalt kann ländliche Räume stärken . . . . .             | 2       |
| 1000 Schulen für unsere Welt . . . . .                      | 3       |
| Qualität des ÖPNV weiter steigern . . . . .                 | 3       |
| Bayerischer Archivtag in Coburg . . . . .                   | 4       |
| Kommunikationstechnik • IT • EDV . . . . .                  | 5 - 7   |
| Abfall • Umwelt . . . . .                                   | 8       |
| Galabau . . . . .   | 9       |
| Kommunalfahrzeuge . . . . .                                 | 9       |
| Aus den bayerischen Kommunen . . . . .                      | 10 - 11 |
| Zu guter Letzt . . . . .                                    | 12      |

### Moderner Bürgerdialog

Mit dem „Tag der Kommunikation in Kommunen“ präsentiert die Bayerische Gemeindezeitung im Haus der Bayerischen Landkreise Lösungen für die Herausforderungen der Projektkommunikation.

Anhand von Fallbeispielen und Vorträgen ausgewählter Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Politik vermittelt das Seminar professionelle Kommunikationsstrategien für den Bürgerdialog.

Diskutieren Sie mit uns am 11. April 2019 im Haus der Bayerischen Landkreise in München.

Eine Einladung zur Veranstaltung liegt dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung bei. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Kriminalitätsstatistik:

## Weniger Einbrüche, mehr Betrug

Die aktuelle Kriminalitätsstatistik ist für Innenminister Joachim Herrmann wieder ein Beleg dafür, dass Bayern auch 2018 wieder das sicherste Bundesland ist – obwohl die Anzahl der Straftaten nach mehreren Jahren des Rückgangs wieder leicht anstieg. Laut Herrmann habe auch die Sensibilisierung durch die „Me-Too-Debatte“ einen Einfluss auf den Anstieg der angezeigten Sexualdelikte.

Die Sicherheitslage 2018 in Bayern ist laut aktueller Kriminalitätsstatistik die zweitbeste in den vergangenen 30 Jahren gewesen – auch wenn der Rekordwert von 2017 nicht erreicht wurde. Je 100.000 Einwohner wurden 4533 Straftaten registriert; 0,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Die absolute Zahl der Delikte stieg um 1,3 Prozent auf gut 594.000. Nicht eingerechnet sind hier die nicht kriminalitätsrelevanten Verstöße gegen das Ausländer- oder Asylrecht. Bei einer leicht auf 64,5 Prozent gestiegenen Aufklärungsquote sprach Herrmann von einer „insgesamt erfreulichen Situation.“ Es sei der höchste Wert seit 13 Jahren.

### Mehr Betrüger, weniger Diebstähle und Einbrüche

Laut Statistik stammt das Plus an Straftaten vorwiegend aus Betrugsdelikten. Ihre Zahl stieg um 18,4 Prozent auf über 36.400. Bei der Rauschgiftkriminalität gab es einen Zuwachs um acht Prozent auf gut 55.000 Delikte, wobei die Zahl der Drogentoten erstmals wieder deutlich zurückging, und zwar um 73 auf 235. Rückläufig waren die Zahlen bei Diebstählen (-4,4%) und Wohnungseinbrüchen (-13,3%). 5.239 Einbruchdelikte, davon knapp die Hälfte unvollendete Versuche, stellten den niedrigsten Wert seit 2011 dar, berichtete Herrmann. Die Bemühungen vieler Bürger ihre Fenster und Türen besser abzusichern sowie die erhöhte Präsenz der Polizei hätten sich gelohnt, so Herrmann. Der Anteil von Nicht-Deutschen und Zuwanderern an den Tatverdächtigen ist hingegen weiter leicht gestiegen. Das dürfe „man nicht kleinreden“, es bestehe aber „kein Grund für eine Alarmstimmung“, sagte Landespolizeipräsident Wilhelm Schmidbauer.

### Mehr angezeigte Sexualdelikte

Als „besorgniserregend“ bezeichnete der Minister aber den Anstieg bei der Zahl an Sexualdelikten auf 8.626. Das waren 960 Anzeigen mehr als 2017 (+12,5%). Hinter dem Anstieg

vermutete Herrmann vor allem ein verändertes Anzeigeverhalten nach der Verschärfung des Sexualstrafrechts Ende 2016 sowie eine Sensibilisierung durch die „Me-Too-Debatte“ und die Aufdeckung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche.

Vor allem im Bereich sexueller Belästigung und Beleidigung gab es mehr Anzeigen, gut die Hälfte der Steigerung entfiel auf diesen Bereich. Man werde die Daten aber noch genauer analysieren und rasch reagieren, sollten sich Hinweise auf einen echten Zuwachs an Straftaten ergeben, kündigte Herrmann an. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger stieg von 32 auf 35 Prozent, der von Zuwanderern von 15 auf 15,9 Prozent.

In der Summe nahezu unverändert blieb die Zahl der Gewaltstraftaten. Während die Fälle von Körperverletzung um 2,6 Prozent auf knapp 73.500 zurückgingen, stieg die Zahl der schweren Gewalttaten um 1,9 Prozent auf 20.800 an. Gut ein Drittel der Tatverdächtigen stand dabei unter Drogen- oder Alkoholeinfluss. Deutlich zurückging die Zahl der vollendeten Fälle von Mord und Totschlag. Sie sank von 220 auf 180. Die Aufklärungsquote stieg bei diesen Kapitalverbrechen auf 96,3 Prozent.

### Leicht gestiegene Anzahl nichtdeutscher Straftäter

Besonders ging Herrmann auf die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger ein, deren Anteil an allen Verdächtigen leicht auf 35,5 Prozent gestiegen ist. Damit macht der Anteil der Straftäter ohne deutschen Pass 12,6 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Dafür nannte Herrmann mehrere Gründe wie etwa Einbruchbanden aus Osteuropa, die nicht zur bayerischen Bevölkerung zählen und nach ihrer Straftat das Land wieder verlassen. Die meisten nicht-deutschen Straftäter kamen aus Rumänien. Auf 10,6 Prozent zugenommen habe aber auch der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer. Diese begingen rund 43.000 Straftaten. Knapp 10.000 davon ereigneten sich in Asylbewerberunterkünften. Bei Gewaltde-

likten war gut die Hälfte der Opfer ebenfalls Zuwanderer. Auch bei den Rauschgiftdelikten stieg der Anteil von Zuwanderern an den Tatverdächtigen um 29,4 Prozent. Herrmann erklärte den Anstieg damit, dass in Asylbewerberunterkünften vermehrt kontrolliert werde: „Je mehr ich kontrolliere, desto mehr finde ich auch.“ Der überproportional hohe Anteil von Nicht-Deutschen an den Tatverdächtigen sei aber kein neues Phänomen. Bereits bevor eine hohe Anzahl von Flüchtlingen nach Bayern kam, lag der Anteil im Jahr 2014 bei 28,6 Prozent.

### Personal statt Reiterstaffel

Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze erklärte, der Anstieg bei den schweren Gewalttaten sei „beunruhigend“. Sie mahnte in diesem Zusammenhang eine Präventionsstrategie an. Zudem forderte Schulze verstärkte Bemühungen um die Aufhellung des Dunkelfeldes bei verschiedenen Deliktfeldern und die gesonderte Aufnahme von Straftaten gegen Frauen in die Kriminalitätsstatistik.

Stefan Schuster (SPD) sagte, die von Herrmann vorgelegten Zahlen seien „insgesamt positiv zu bewerten“. Bayerns Polizisten leisteten eine hervorragende Arbeit, doch sei die Belastung noch immer zu hoch. Dies dokumentiere die weiterhin hohe Zahl an Überstunden. Im ersten Halbjahr 2018 waren es über 2,4 Millionen Überstunden. In diesem Zusammenhang kritisierte Schuster, dass die bayerische Polizei immer mehr Aufgaben von der Staatsregierung zugeteilt bekomme. So werden die Polizeikräfte beispielsweise vermehrt zur Grenzsicherung eingesetzt. „Das ist und bleibt Bundesaufgabe“, sagte Schuster. „Es ist zwar loblich, dass die Polizeikräfte in Bayern generell aufgestockt werden, sie sollten aber auch für originäre Polizeiaufgaben in der Stadt und auf dem Land eingesetzt werden.“ Zudem forderte er die Reiterstaffel abzuschaffen und dafür mehr Personal im Streifenendienst.

Auch der AfD-Abgeordnete Richard Graupner lobte die Arbeit der bayerischen Polizei. Diese zeichne sich durch die Spitzenwerte im bundesweiten Vergleich aus. „Nicht mit einem Schultersucken hinnehmen“ dürfe man allerdings den überproportional hohen Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger.

### Spezialkräfte gegen Cyberkriminalität

Alfred Grob (CSU) führte die guten Werte in der Statistik auf eine zielgerichtete Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren zurück. Beim Rückgang der Zahl der Wohnungseinbrüche sei der Erfolg von Präventionskampagnen sogar messbar. „Insgesamt zahlt es sich aus, dass wir bei der Polizei in Qualität und Quantität investiert haben“, sagte Grob.

Der Freie Wähler Wolfgang Hauber – selbst langjähriger Polizeibeamter – erklärte, die Statistik bestätige die Aussage der Staatsregierung, dass in Bayern zu leben heiße, sicherer zu leben. Zur weiteren Verbesserung der Lage regte er an, wegen der wachsenden Bedeutung des über das Internet verübten Betrugs diesen in das Aufgabengebiet der Cyber-Spezialisten der Polizei zu überführen. Jede fünfte Straftat in Bayern war 2018 ein Betrugs- oder Fälschungsdelikt. Aus Polen und der Türkei versuchten beispielsweise sogenannte Call-Center per Telefon sich als Polizisten auszugeben

und ältere Menschen zur Übergabe von Bargeld oder Schmuck zu überreden. Damit haben sie immer wieder Erfolg. Der Schaden liegt bei rund 13 Millionen Euro. Wie wichtig dieser Bereich ist, zeigte auch der aktuelle Fall eines Tatverdächtigen mit 105 verübten Mordversuchen. Der Mann hatte von Bayern aus über das Internet junge Mädchen und Frauen unter Vorpiegelung eines Job-Angebots zu potenziell tödlichen Selbstversuchen mit Strom überredet. „Wir brauchen hierfür zusätzliche und speziell ausgebildete Experten. Die Internetkriminalisten dürfen nicht einfach aus dem normalen Polizeidienst herausgeschnitten werden“, forderte Schuster.

Ein Fall in Unterfranken führte zu einem erheblichen Anstieg der Kriminalitätsrate in der Stadt Würzburg um elf Prozent. Doch Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer hatte dafür eine Erklärung parat: In Unterfranken beschädigte ein „Autokrater“ mutwillig hunderte Fahrzeuge. „Ohne diesen Fall würde Würzburg wohl nicht die rote Laterne halten“, sagte Schmidbauer. Neben Würzburg legte die Kriminalitätsbelastung auch in den Städten München (4,3 Prozent) und Augsburg (0,7 Prozent) zu. In Fürth (-8,1 Prozent), Bayreuth (-6,2 Prozent) oder Bamberg (-5,6 Prozent) gab es dagegen einen deutlichen Rückgang der Straftaten. AS

## Landtag kostet knapp 14 Euro pro Bürger

Noch nicht einmal ein halbes Prozent an den Gesamtausgaben macht der Landtagsetat aus. Für Landtagspräsidentin Ilse Aigner ein Zeichen für den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat den Landtagsetat für die Jahre 2019/2020 gebilligt. Im Etat des Landtags enthalten sind die Kosten der Landtagsverwaltung, Baumaßnahmen, des Datenschutzbeauftragten, die Fraktionszuschüsse, Parteienfinanzierung, Abgeordneten-Diäten und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abgeordneten.

### Verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern

Insgesamt beträgt der Anteil des Landtagsetats 2019/2020 an den Gesamtausgaben des bayerischen Staatshaushalts 0,28 Prozent. Damit kostet das Parlament, die Herzkammer der Demokratie, jeden bayerischen Bürger 13,43 Euro im Jahr. „Die Tatsache, dass diese Zahl seit Jahren konstant niedrig bleibt, zeigt wie verantwortungsvoll der Landtag mit dem Geld der Steuerzahler umgeht“, erklärte Landtagspräsidentin Ilse Aigner.

Der Topf ist im Vergleich zu 2018 allerdings angewachsen – und zwar um 42,5 Millionen Euro. Ein Teil des Geldes wird benötigt um den Zuwachs des Landtags von 180 auf 205 Abgeordnete und von vier auf sechs Fraktionen zu kompensieren, erläuterte sie vor dem Ausschuss. Zudem müssten dringend notwendige technisch-energetische Sanierungen und damit verbundene grundlegende Baumaßnahmen in den Basis- und Kellergeschossen des Landtagsgebäudes finanziert werden. „Ich begrüße es sehr, dass sich alle Fraktionen darin einig sind, die überfälligen Arbeiten am altherwürdigen Maximilianeum zu unterstützen und die Betriebssicherheit des Gebäudes für die Zukunft zu sichern“, sagte Aigner. AS

## Vielfalt kann ländliche Räume stärken

Konferenz „Land.Zuhause.Zukunft“ der Robert Bosch Stiftung in Berlin

Vorhandene Potenziale besser erschließen und neue Bewohner gewinnen, ist angesichts des demografischen Wandels das Ziel zahlreicher Kommunen in ländlichen Regionen. Eine Möglichkeit ist die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Welche Chancen und Herausforderungen hierfür bestehen, zeigte die Konferenz „Land.Zuhause.Zukunft“ in Berlin.

Annette Widmann-Mauz, Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlinge, Migration und Integration verwies auf bezahlbaren Wohnraum auf dem Land und die oft besseren Chancen auf einen Arbeitsplatz in mittelständischen Betrieben. Trotzdem zögen Neueinwanderer früher oder später tendenziell lieber in Städte. Die Argumente für die Stadt seien weitgehend einheitlich: Dort gibt es etablierte und herkunftsbezogene Netzwerke und Angebote.

### Integrationsmaßnahmen

Derartige Angebote und Strukturen könnten in ländlichen Gebieten durch eine übergreifende Zusammenarbeit von verschiedenen Trägern übernommen werden, so Widmann-Mauz. Konkrete Integrationsmaßnahmen, wie Sprachkurse für unterschiedliche Zielgruppen, oder Angebote für Frauen und Eltern spielten eine enorme Rolle. Die Politikerin schlug vor, den Kommunen möglichst viel Kompetenz bei den Kursen zu geben. „Die Akteure vor Ort kennen Angebot und Nachfrage am besten.“

### Lebensverhältnisse lebenswert gestalten

Der Bund investiert 2019 über 720 Millionen Euro in Integrationskurse. Zusätzliche Integrationsmaßnahmen werden mit 227 Millionen Euro bezuschusst. Allerdings beeinflusst nicht allein das Geld den Erfolg von Integrationskursen. Widmann-Mauz zufolge hängt erfolgreiche Integration im ländlichen Raum maßgeblich davon ab, ob es insgesamt gelingt, hierzulande gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Denn warum sollten Geflüchtete oder Neuzuwanderer dort wohnen oder bleiben, wo Einheimische seit Jahren wegziehen?

Fragen und gute Ideen für die vielfältigen Herausforderungen bearbeitet die Robert Bosch

forderungen in jedem Landkreis unterschiedlich sind. Beim Thema Integrationspolitik und Integrationskonzepte wurde beispielsweise deutlich, dass mehr Kompetenzen für kommunale Integrationszuständige gewünscht sind, zum Beispiel bei der Jugendarbeit. Für die Fachkräftesicherung im ländlichen Raum ist ein Ausbau der Infrastruktur unverzichtbar. Und bei Orientierungskursen für Zuwanderer sollten gemeinsame Werte und ein pluralistisches Bild vermittelt und keine normative Nachhilfe in Sachen Wertevermittlung gegeben werden.

Professorin Dr. Petra Bendel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg schlug ein europaweites Matching-Verfahren vor. Kommunen könnten auf freiwilliger Basis vorab ein Integrationsprofil erstellen und dieses mit den Bedürfnissen, Kenntnissen und Fähigkeiten der Geflüchteten in den Hotspots in Griechenland und Italien abgleichen. „So kann man auch viel besser darauf eingehen, was die einzelnen Menschen möchten, können und wo sie leben wollen.“ Dies würde zudem die Innovationskraft der Kommunen stärken, Strukturen verstetigen und die Mitsprache fördern. DK

### Bayern bekommt vier neue Gesundheitsregionen plus

Das Interesse am Förderprogramm Gesundheitsregionenplus von Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hält weiter an. Die Ministerin übergab nunmehr die symbolischen Förderbescheide an vier neue Teilnehmer. Dabei handelt es sich um die Landkreise Fürth, Nürnberger Land und Neu-Ulm sowie um Stadt und Landkreis Schweinfurt. Mit den neuen Regionen werden aktuell 50 Gesundheitsregionenplus bayernweit gefördert.

Ziel der Gesundheitsregionenplus ist es – zusammen mit der Kommunalpolitik – die Akteure des Gesundheitswesens vor Ort besser zu vernetzen – zum Beispiel Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Anita Meinelt  
85368 Moosburg  
am 15.4.

Bürgermeister  
Thomas Loderer  
85521 Ottobrunn  
am 10.4.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Schuster  
84180 Loiching  
am 8.4.

Bürgermeister Robert Putz  
84337 Schönau  
am 16.4.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marc Nitschke  
83234 Übersee  
am 17.4.

Bürgermeister Alfred Wolz  
91635 Windelsbach  
am 10.4.

Bürgermeister Guido Belz  
90602 Pyrbaum  
am 12.4.

Landrat Thomas Eichinger  
86899 Landesberg a. Lech  
am 17.4.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Christian Bernreiter  
94469 Deggendorf  
am 7.4.

Bürgermeister Thilo Wehner  
97647 Sondheim v. d. Rhön  
am 16.4.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Breuer  
95145 Oberkotzau  
am 7.4.

Landrat Siegfried Walch  
83278 Traunstein  
am 8.4.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Haben ein ehrgeiziges Ziel im Blick: der Initiator der „1000 Schulen für unsere Welt“-Gemeinschaftsaktion, Landrat Stefan Rößle aus dem Landkreis Donau-Ries, Margret Kopp von der Aktion PIT – Togohilfe e.V. und Landrat Thomas Karmasin.

Bild: Landratsamt Fürstfeldbruck

## 1000 Schulen für unsere Welt

Landrat Karmasin startet Spendeninitiative unter dem Dach der Gemeinschaftsinitiative

Ein Schulbauprojekt in Afrika kostet circa 50.000 Euro – in etwa soviel wie sich zum Beispiel für einen gebrauchten Porsche erlösen lässt. Mit einem sehr persönlichen Bericht erläuterte der Landrat des Landkreises Donau-Ries, Stefan Rößle, auf Einladung von Landrat Thomas Karmasin zusammen mit Kreisrätin Margret Kopp die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“.

Rößle erzählte, wie er dazu kam, die Initiativen von Dr. Gerd Müller zu unterstützen. Der deutsche Entwicklungshilfefeminist aus Schwaben hatte in flammenden Reden bei den kommunalen Spitzenverbänden dafür geworben, die Menschen dabei zu unterstützen, dass in ihren jeweiligen Heimatregionen Bleibeperspektiven entstehen. Denn tatsächlich gibt es viele Gründe, warum viele ihre Heimat, ihre Familien und Freunde, ihre Kultur, ihre Sprache hinter sich lassen – oder wenigstens zu überleben.

### Eine Idee wird geboren

„Zehn Schulen für Afrika, das schaffen wir bis zum Jahr 2020“, war Rössles Plan im Sommer 2017. Alles sollte finanziert werden aus privaten Spenden. Öffentliche Gelder sollten nicht verwendet werden. Schon nach zehn Monaten konnte Rößle bei der Firma Taglieber in Öttingen Schule Nr. 16 verkünden. Inhaber, Mitarbeiter und Geschäftspartner der Holzbaufirma legten dafür zusammen.

Inzwischen kann der Landrat längst auf mehr als 30 Schulen blicken, die in seinem Umfeld entstanden. Eine Schule in Malawi hat Rößle gemeinsam mit seiner Familie privat selbst finanziert. Dafür opferte er sein persönliches Spätschicht. Eine andere spendete ein ehemaliger Bürgermeisterkollege, der ungenannt bleiben möchte; hinter so mancher stehen Unternehmen, Vereine, Verbände, gemeinsame Bürgeraktionen oder auch Privatpersonen, die in ihrem Umfeld persönlich sammeln. Häufig wird das Engagement unterstützt durch die Reiner Meusch Stiftung Fly & Help.

Die drei kommunalen Spitzenverbände – Städte-, Gemeinde- und Landkreistag – haben im November 2018 das Startsignal für die deutschlandweite Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ gesetzt. Schirmherr ist Minister Dr. Gerd Müller.

### Landkreis Fürstfeldbruck macht mit

Jetzt ist auch der Landkreis Fürstfeldbruck mit im Boot. Landrat Thomas Karmasin zeigte sich von der Konzeption und dem Erfolg der Initiative begeistert und will mitmachen: „Ich

möchte dieses Projekt unterstützen. Als Ziel schlage ich vor, dass mit Hilfe von Spenden aus dem Landkreis Fürstfeldbruck innerhalb eines Jahres zehn Schulbauten finanziert werden können“, hofft Karmasin.

Im Landkreis Fürstfeldbruck hat der Maisacher Verein Aktion PIT – Togohilfe e.V. eine auf langjährige Erfahrung gegründete ausgezeichnete Expertise, die er gerne für die Initiative zur Verfügung stellt. Margret Kopp, Vorsitzende des Vereins und Kreisrätin, hat sogar schon die Dörfer im Blick, die sehnsüchtig auf eine neue Schule warten – oder wenigstens überhaupt auf ein Gebäude, das man als Schule bezeichnen kann.

### Togohilfe kooperiert mit Stiftung Fly & Help

Die Togohilfe wird die Organisation und das Spendensammeln zusammen mit dem Landrat unter dem Dach der Gemeinschaftsinitiative und in Kooperation mit der Stiftung Fly & Help übernehmen. Margret Kopp zeigte Bilder von Strohütten, in denen Unterricht abgehalten wird. Sie betonte: „Wir befragen die Menschen in Togo, was ihre eigenen Prioritäten sind. Alle waren sich darüber einig: Das Wichtigste für sie ist der Zugang zur medizinischen Versorgung. Gleich danach nennen sie den Zugang zur Bildung. Sie wissen, dass Bildung über die Zukunft entscheidet. Mich hat das sehr berührt, denn viele Erwachsene sind selbst noch Analphabeten. Dennoch ist für sie entscheidend, dass ihre Kinder zur Schule gehen können.“

Allen Schulbauprojekten, die Margret Kopp vorschlägt, ist gemeinsam, dass die einheimische Bevölkerung engagiert ist und bereit, ihren Beitrag zu leisten. Lehrer müssen vorhanden sein und das Dorf muss sich verpflichten, für den Unterhalt der Schule zu sorgen.

Der erste Schritt ist bereits gemacht – nun gilt es, mit Hilfe der Spenden von Unternehmen und Bürgern die Pläne in die Tat umzusetzen. Der Landkreis Fürstfeldbruck soll so seinen Beitrag zur Stärkung der Bildung leisten. Nur durch Bildung lassen sich die eigenen Entwicklungskräfte der Menschen in den Ländern des Globalen Südens fördern.

[www.1000schulenfuerunserewelt.de/](http://www.1000schulenfuerunserewelt.de/)

# Qualität des ÖPNV weiter steigern!

GZ-Interview mit Dr. Robert Frank (VDV-Bayern) und Dr. Sandra Schnarrenberger (LBO)

Der Verkehr nimmt eine Schlüsselrolle in Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Mit seinem Fahrplan für mehr Mobilität in Bayern hat die Bayerische Staatsregierung Weichen für die Zukunft gestellt. Unter anderem werden 100 Millionen Euro zusätzlich in den öffentlichen Nahverkehr investiert. Begrüßt wird diese Mobilitätsinitiative sowohl von der VDV-Landesgruppe Bayern als auch dem Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen (LBO), die beide insgesamt über 1.200 Verkehrsunternehmen im Freistaat vertreten. Welche Maßnahmen aktuell für eine (sofortige) Verbesserung des ÖPNV erforderlich sind, darüber sprachen die Präsidenten von VDV-Bayern und LBO, Dr. Robert Frank und Dr. Sandra Schnarrenberger, mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

**GZ:** Der ÖPNV entwickelt sich in Deutschland zunehmend zum Rückgrat der Mobilität für die meisten Bevölkerungsgruppen. Die Menschen verzichten gerade in den Städten und Ballungsräumen bewusst auf den eigenen Pkw, weil das Nahverkehrsangebot sukzessive verbessert und ausgebaut wird. Wie kann die Qualität des ÖPNV weiter gesteigert und wie können damit immer mehr Menschen zum Umstieg bewegt werden?

**Dr. Frank:** Die Qualität im ÖPNV kann in der Tat noch deutlich gesteigert werden: Die Verbesserung der Basis-Tugenden Zugänglichkeit, Zuverlässigkeit, Frequenz und Sauberkeit unserer Fahrzeuge und Anlagen, sind ein Gebot der Stunde. Wird dies durch eine höhere Kapazität, Vernetzung mit anderen Verkehrssystemen, Echtzeitinformation und noch besseren Komfort z.B. durch W-LAN und Vollklimatisierung ergänzt, bestehen gute Chancen auf Fahrgastgewinne. Daneben ist es aber auch eine Frage der eigenen Bequemlichkeit und der Einschätzung der tatsächlichen Kosten der Nutzung des eigenen Pkws. Viele Menschen sprechen sich für einen Ausbau des ÖPNV aus, begründen aber gleichzeitig, warum die Nutzung für sie nicht oder nur kaum in Frage kommt.

**Dr. Schnarrenberger:** Das Thema Mobilität, Verkehrswende und Digitalisierung auch unter Berücksichtigung der Stärkung des öffentlichen Verkehrs wird in den nächsten Jahren das zentrale Kernthema sein. Gemeinsam mit unseren Unternehmen wollen wir in Bayern den Mobilitätswandel zukunftsorientiert und konstruktiv mitgestalten. Der ÖPNV mit Bussen ist in Bayern ein wesentlicher Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur und garantiert die Anbindung von ländlichen Regionen mit den städtischen Bereichen. Es gilt zukünftig, noch weitere attraktive Tarifangebote auch außerhalb der Verbünde anzubieten und zu fördern. Durch regelmäßige Haltestellenbedienung, optimale Vernetzung und Abstimmung des Liniennetzes sowie die Verknüpfung und Anbindung an die Schiene soll eine größtmögliche Mobilität zu günstigen und attraktiven Tarifen sichergestellt werden.

**GZ:** Kurzfristige Lösungen der Verkehrs- und Umweltprobleme in den Städten sind gefragt. Man denke hier an den Euro VI Diesel-Bus ...

**Dr. Frank:** Unsere Dieselflotten mit Euro VI-Standard sind nicht der Verursacher der Verkehrs- und Umweltprobleme. Sie fallen allein zahlenmäßig im Vergleich zu den Pkws und Lkws kaum ins Gewicht. Durch die Bündelung von Fahrgästen und Vermeidung einer Vielzahl von Einzelfahrten im Pkw tragen sie hingegen maßgeblich zur Luftreinhaltung, zum Klimaschutz und zur Lärmreduzierung bei. Mehr ÖPNV bei gleichzeitigen Restriktionen für den MIV sind hier die erforderliche Lösung.

**Dr. Schnarrenberger:** Schon heute tragen die Busunternehmen in Bayern zur Luftreinhaltung bei. Wir können und wollen unseren Anteil am öffent-

lichen Verkehr weiter erhöhen.

Busse und Bahnen bündeln die Verkehrsströme, vermeiden Individualverkehr und schonen die Ressourcen – wir stehen bereit, noch mehr Fahrgäste vom Auto für den Umstieg in den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen, dafür brauchen wir mehr Investitionen und höhere Fördergelder. Der weitaus größte Teil der Busse im Freistaat Bayern wird gegenwärtig mit Dieselmotoren betrieben, andere Antriebstechniken wie Erdgas, Hybrid und Elektro machen zusammen keine drei Prozent aus. Rund 30 bis 35 Prozent der eingesetzten Dieselflotten verfügen über einen umweltfreundlichen Dieselmotor der Euro VI-Norm. Grundsätzlich verschließen wir uns nicht der Diskussion, auf noch umweltfreundlichere Technologien umzusteigen. Diese müssen aber auch zukunftsfähig, zuverlässig und wirtschaftlich sein.

**GZ:** Der umweltfreundliche Busverkehr ist also Teil der Lösung. Seit etwa vier Jahren setzen die deutschen Verkehrsunternehmen in städtischen Nahverkehrsbetriebene Elektrobusse ein, um den pro Fahrgast ohnehin schon geringen Emissionsausstoß im Linienbusverkehr weiter zu senken. Wie sind hier Ihre Erfahrungen?

### Euro VI-Dieselfbus ist Teil der Lösung

**Dr. Frank:** Die Erfahrungen zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. Aber nach wie vor handelt es sich um Vorserienfahrzeuge, die zudem in der Anschaffung sehr teuer sind. Aber wir werden den Weg und die Erprobung konsequent weiterverfolgen. Aber nochmal: Ein Euro VI-Dieselfbus ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Die schnelle Modernisierung der deutschen Busflotten auf Euro VI ist der richtige Ansatz, ergänzt durch einen schrittweisen Einstieg in innovative Antriebssysteme, der nicht nur den batteriebetriebenen Elektrobussen, sondern auch synthetische Kraftstoffe/Biofuels zweiter Generation, Brennstoffzelle und Gasmotor umfassen sollte.

**Dr. Schnarrenberger:** In einigen bayerischen Städten (u.a. Burghausen, Bad Neustadt a. d. Saale) laufen zurzeit Elektrobussen im Testbetrieb. Allerdings ist eine kurzfristige flächendeckende Umstellung der Busflotten auf Elektro-Antrieb gegenwärtig noch nicht realisierbar, sowohl aus wirtschaftlichen als auch leistungsfähigen Gründen. Es wird also noch einige Zeit dauern, bis Elektrobussen flächendeckend zum Einsatz kommen können. Der Euro 6 Motor neuester Bauart ist hingegen sofort verfügbar, zeichnet sich durch minimale Abgaswerte aus und ist außerordentlich wirtschaftlich. Für unsere privaten Busunternehmen ist es wichtig, dass die Förderung von Elektrobussen, die gegenwärtig an eine Mindestabnahme von fünf Fahrzeugen gekoppelt ist, noch mittelstandsfreundlicher ausgestaltet wird.

**GZ:** Ein Hemmnis für weiteres Wachstum im städtischen ÖPNV stellt vor allem der zunehmende infrastrukturelle Modernisierungs- und Ausbaube-

darf dar. Es fehlen die finanziellen Mittel für die Erneuerung von Strecken, Haltestellen und Bahnhöfen. Was ist zu tun?

**Dr. Frank:** Ja, es ist richtig, dass wir in den letzten Jahren durch die geringen finanziellen Mittel sowohl einen enormen Sanierungsstau angehäuft haben, als auch nicht in dem Umfang neu und ausgebaut haben, wie es notwendig gewesen wäre. Neben dem geplanten Aufwuchs des Bundes-GVFG auf perspektivisch 1 Mrd. Euro pro Jahr hat auch der Freistaat Bayern das Problem erkannt und reagiert, wie die Mitteleinstellung im Doppelhaushalt 2019/2020 zeigt. Wichtig ist jetzt, dass diese Gelder auf diesem Niveau nun für viele Jahre erhalten bleiben und nicht im nächsten Haushalt wieder gekürzt werden.

**Dr. Schnarrenberger:** Ein wichtiger Punkt, um die Verkehrswende zu realisieren, ist, die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen. Hierfür brauchen wir eine nachhaltige Finanzierung in den nächsten Jahrzehnten. Dies bedingt eine Erhöhung der GVFG-Mittel. Eine stabile, langfristige Finanzierung ist Voraussetzung für attraktive Mobilitätsangebote im ÖPNV. Mit Blick auf die zukünftigen Umwelt- und klimapolitischen Ziele und Herausforderungen im Verkehrsbereich müssen zeitnahe Lösungen gefunden werden.

### 365-Euro-Jahresticket

**GZ:** Einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV leisten die Fahrgäste. Die Verkehrsunternehmen investieren dabei jeden Euro aus den Fahrgeldeinnahmen direkt wieder in den Betrieb. Dafür sind die Ticketeinnahmen der Kunden eine zentrale Einnahmequelle. Nun gibt es auch in Bayern Bestrebungen, die Ticketpreise im ÖPNV deutlich zu reduzieren. Angedacht ist zunächst ein 365-Euro-Jahresticket für Schüler und Auszubildende. Ihre Meinung?

**Dr. Frank:** Nicht zielführend und auch nicht notwendig! Das Schlimmste, was uns passieren könnte ist, dass unsere Verkehrsunternehmen in den Ballungsräumen als Reaktion überannt werden und in den Spitzenzeiten die vielen zusätzlichen Fahrgäste gar nicht mitnehmen können, weil unsere Fahrzeuge schon jetzt voll sind. Bleibt auch die Frage, wer die Erlösausfälle regelmäßig, zuverlässig und auch bei einem Rückgang der Steuereinnahmen zu 100 Prozent ersetzt?

**Dr. Schnarrenberger:** Einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV leisten in der Tat die Fahrgäste, deren Ticketeinnahmen für die Verkehrsunternehmen eine unverzichtbare Einnahmequelle darstellen. Zurzeit gibt es auch in Bayern viele Überlegungen, reduzierte Ticketpreise im ÖPNV anzubieten. Hier wird es aber wichtig sein, die Balance zu finden. Kundenbedürfnisse sollten selbstverständlich Berücksichtigung finden, aber auch die Machbarkeit und natürlich die Finanzierung müssen geprüft und gesichert sein. Sicher ist ein 365 Euro-Jahresticket ein interessantes Angebot. Allerdings ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt zunächst mal sicherzustellen, dass auch die Infrastruktur gewährleistet ist. Busse und Bahnen im städtischen Bereich sind heute bereits sehr gut ausgelastet und kommen in der Hauptverkehrszeit schon an ihre Kapazitätsgrenzen. Wenn man mehr Verkehr umlenken möchte auf den ÖV, dann müssen auch die entsprechenden Maßnahmen und Rah-

menbedingungen vorher getroffen werden, um die notwendigen Mehrkapazitäten bereithalten zu können.

**GZ:** Die 2013 in Kraft getretene Novelle des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) enthält auch neue Regelungen zur Barrierefreiheit. Die Aufgabenträger werden darin verpflichtet, in den Nahverkehrsplänen die Belange von in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen, bis 2022 eine vollständig barrierefreie Nutzung der öffentlichen Nahverkehrsangebote zu erreichen. Wie stehen Sie dieser Novelle gegenüber?

**Dr. Frank:** Das ist grundsätzlich eine ebenso kluge wie richtige Maßnahme. Ich denke aber, wir werden im Hinblick auf die baulichen Maßnahmen hier einfach mehr Zeit brauchen.

**Dr. Schnarrenberger:** Das Thema Barrierefreiheit und Gleichstellung mobilitätsbeeinträchtigter Personen steht bereits seit vielen Jahren auf der Agenda und gewinnt auch zunehmend an Bedeutung im ÖPNV. Was die Fahrzeuge unserer Busunternehmen im ÖPNV angeht, sind diese größtenteils schon mit einem Hublift bzw. mit einer Niederflertechnik ausgestattet. Ergänzend hierzu muss aber auch die Infrastruktur an den Haltestellen und Busbahnhöfen von den Kommunen entsprechend barrierefrei gestaltet werden. Wichtig ist es, praxisgerechte Lösungen gemeinsam vor Ort mit den Kommunen, den Behindertenbeauftragten und Unternehmen zu finden.

### Schwarzfahren ist Straftatbestand

**GZ:** Stichwort Entkriminalisierung des Schwarzfahrens: Wie beurteilen sie die Forderung des Deutschen Richterbundes, das Schwarzfahren im ÖPNV über die Errichtung von Zugangsbarrieren einzudämmen?

**Dr. Frank:** Wie sollen die denn aussehen? Schranken, Schiebetüren oder Drehkreuze in bestehenden Infrastrukturen einzufügen, ist horrend teuer und hemmt auch den Fahrgastfluss. Meines Erachtens können und müssen wir über eine angemessene Kontrollrichtlinie diesem Problem begegnen, welches im Übrigen ein Straftatbestand bleiben muss.

**Dr. Schnarrenberger:** Wir halten eine Herabstufung des Schwarzfahrens zu einer Ordnungswidrigkeit für nicht zielführend. Schwarzfahren muss eine Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches bleiben. Der Grund ist einfach: Es muss für Personen, die Leistungen in Anspruch nehmen ohne dafür zu bezahlen, klare und abschreckende Konsequenzen geben. Die Forderung nach Zugangsbarrieren ist an Bushaltestellen kaum zu realisieren und ist auch kontraproduktiv vor dem Hintergrund der ab 2022 gesetzlich normierten vollständigen barrierefreien Nutzung der öffentlichen Verkehrsangebote.

**GZ:** Sharing-Angebote erfreuen sich in Städten wachsender Beliebtheit. Diese Angebote müssen möglichst gut und sinnvoll mit dem öffentlichen Verkehr verzahnt und digital vernetzt werden. Wie kann dies konkret funktionieren?

**Dr. Frank:** Der Ausbau von Car-Sharing-Stationen im räumlichen Umfeld wichtiger Knotenpunkte ist grundsätzlich eine gute Sache und im App-Zeitalter auch gut darstellbar. Anders verhält es sich mit den sogenannten Free-floating Systemen. Hier müssen wir aufpassen, dass es (Fortsetzung auf Seite 4)

## „Kompass statt Chaos“

(Fortsetzung von Seite 1)

tacken, Terrorismus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformationen europaweit erfolgreich abwehren zu können.

**5. Effektiver Klima- und Umweltschutz:** Unser Europa ist Vorreiter für weltweiten Klima- und Umweltschutz. Wir konkretisieren die Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen und setzen sie Schritt für Schritt in ganz Europa um. Das Vermüllen der Weltmeere und unserer Umwelt mit Plastik bekämpfen wir gemeinsam mit einer EU-weiten Plastikvermeidungsstrategie und internationalen Abkommen.

**6. Geld stabil halten:** Wir wollen die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln. Dabei müssen bestehende Risiken im Bankensystem zunächst zwingend reduziert werden. Insbesondere sollen Staatsanleihen nicht mehr als risikolos gelten und von Banken – genauso wie andere Anlageformen – mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Bankenrettungen aus Steuermitteln lehnen wir ab. Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene müssen die Besonderheiten unseres bewährten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken erhalten bleiben. Eurobonds wird es in unserem Europa genauso wenig geben wie einen europäischen Finanzminister, eine europäische Arbeitslosenversicherung oder einen europäischen Mindestlohn. Die Schaffung eines europäischen Währungsfonds unterstützen wir, damit die Finanzstabilität unseres Europas nicht vom Wohlwollen anderer Wirtschaftsmächte abhängig ist. Eine Abschaffung des Bargelds lehnen wir ab.

**7. Eine kluge Handelspolitik:** Unser Europa schützt mit einer klugen Handelspolitik Gesundheit, Umwelt und Klima und sichert Verbraucher- und Sozialstandards. Deswegen werden wir weitere faire Handelsabkommen abschließen und fertig verhandelte Abkommen, wie etwa mit Kanada und Singapur umsetzen. Den Ausverkauf europäischer Schlüsseltechnologien an fremde Investoren werden wir verhindern. Mit einer aktiven Handelspolitik können in den nächsten fünf Jahren fünf Millionen neue Zukunftsjobs in ganz Europa geschaffen und gut bezahlte Industriearbeitsplätze gesichert werden.

## Cybersicherheit...

(Fortsetzung von Seite 1)

zum Beispiel durch Austausch von Erfahrungen, regelmäßige Dialoge oder die Vernetzung mit Anbietern von IT-Sicherheitslösungen.

Weiter soll es vor allem für Bürgerinnen und Bürger und kleine und mittlere Unternehmen künftig möglich sein, bei IT-Sicherheitsnotfällen noch schneller mit den zuständigen Stellen in Kontakt zu treten, z.B. über eine kostenlose IT-Hotline. Diese ist zentraler Ansprechpartner und vermittelt den Anrufer je nach speziellem Einzelfall zum Beispiel an die Polizei, das Cyber-Allianz-Zentrum oder das Landesamt für IT-Sicherheit.

### 3. Repression durch eine Verschärfung des strafrechtlichen Rahmens:

Ziel ist eine Anpassung des Strafrahmens für Straftatbestände für die digitale Welt an die der analogen Welt (zum Beispiel Einbruch, Raub, Hehlerei). Dazu wird Bayern im Bundesrat eine entsprechende Initiative anstoßen.

**8. Digitalunternehmen fair besteuern:** Unser Europa sorgt auch bei digitalen Großkonzernen für faire Besteuerung. So wie die kleinen, mittelständischen und regionalen Unternehmen Steuern zahlen, müssen auch global tätige Internetriesen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

**9. Ein europäischer Masterplan gegen Krebs:** Unser Europa wird mit einem europäischen Maßnahmenplan gegen Krebs bestehende Kapazitäten bündeln, Forschungsgelder gezielter einsetzen und Biomedizin sowie Big Data zusammenbringen. Denn nur mit vereinten Kräften kann uns der Zukunftstraum gelingen, dass schlimme Krankheiten wie Krebs bald der Vergangenheit angehören.

**10. Unsere Nationen und Regionen stärken:** Unser Europa ist stolz auf seine Nationalstaaten und Regionen. Die Stimme der Kommunen und Regionen werden wir deshalb achten und besser berücksichtigen. Die ländlichen Räume Europas stärken wir gezielt und unterstützen eine europäische Regional- und Agrarpolitik, die kleinstrukturierte ländliche Räume fördert und die finanzielle Unterstützung besonders für unsere bäuerlichen Familienbetriebe sichert.

### Klares Signal an die Bürger

Laut Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder ist das gemeinsame Pro-

gramm ein klares Signal an die Bürger und an ganz Europa. Das Wahlprogramm habe einen klaren Schwerpunkt: „Es geht darum, dass wir als Europäer einen Fuß in der Tür behalten, damit wir nicht zum Spielball anderer werden. Wir müssen eigene Standards setzen.“ Ein zentraler Punkt des Wahlprogramms sei auch das Thema Migration. „Wir wollen ein Europa, das schützt und nützt. Wir wollen die richtige Balance von Humanität und Ordnung.“

„Ich persönlich und wir als CSU sind nicht bereit, Neinsagern, Nationalisten, Populisten und Extremisten diesen Kontinent zu überlassen“, machte der CSU-Chef deutlich. „Entweder Europa verabschiedet sich von der Weltbühne mit dieser Wahl oder Europa kehrt kraftvoll zurück.“

### Kampf gegen „rechte Dumpfbacken“

Manfred Weber, der die CSU, die Union und die EVP insgesamt als Spitzenkandidat in die Wahl führt, rief zum Kampf gegen „rechte Dumpfbacken“ und Vereinfacher, gegen Nationalismus und Egoismus auf. Europa dürfe nicht auseinandergerissen werden. Weber zeigte sich bereit, für Europa Verantwortung zu übernehmen: „Ich will Europa als Kommissionspräsident in eine gute Zukunft führen. Wir stehen in einem Wettbewerb, wie die Welt künftig aussieht. Nur mit einem selbstbewussten Europa können wir unsere euro-

## Qualität des ÖPNV ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
nicht zu einer Kannibalisierung des ÖPNV kommt. Die Chancen der Digitalisierung durch flexible Sharing-Angebote zu nutzen ist sicherlich richtig, aber am besten durch eine Vernetzung und Integration mit dem ÖPNV und nicht gegen ihn.

**Dr. Schnarrenberger:** Das Thema „Multimodalität“ bzw. „Geteilte Mobilität“ steht sowohl im städtischen als auch im ländlichen Bereich in unserer Branche im Fokus der aktuellen politischen Diskussionen. Ziel muss es sein, ÖPNV-Angebote und andere Mobilitätskonzepte intelligent zu vernetzen, um die Verkehrs- und Klimaprobleme zu lösen. Car Sharing-Angebote, Fahrradverleihsysteme, Park + Ride- oder Bike + Ride-Anlagen sollen dazu beitragen, den Modal-Split zugunsten des öffentli-

chen Verkehrs weiter zu verbessern und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Moderne IT-gestützte Angebote, APP-basierte Vertriebswege und flexible Angebote wie On-Demand-Verkehre, Flexi-Bus-Systeme, Anruf-Liniertaxis oder Marktsammeltaxis bieten hier bereits gute Möglichkeiten, die Systemvorteile des ÖPNV auch im kleinen Umfang zu realisieren. Im ländlichen Raum und in kleineren Städten sorgen bedarfsorientierte, bürgernahe, attraktive, verlässliche und praktikable Mobilitätskonzepte für eine spürbare Verbesserung des Mobilitätsangebots für alle Bevölkerungsgruppen. Und auch in den Ballungsräumen sind Sharing-Konzepte je nach Angebot eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Nahverkehr.

**GZ:** Im Norden Münchens könnte in den kommenden Jahren eine urbane Seilbahn einen wichtigen Lückenschluss im öffentlichen Nahverkehrssystem bilden. Was halten Sie davon?

**Dr. Frank:** Wenn die Machbarkeitsstudie hier zu einem guten Ergebnis kommt: Warum nicht? Wir sollten uns hüten, reflexartig neue Ideen oder Techniken vorzeitig als „falsch“ zu brandmarken. Wenn es auf der Straße zu voll und unter der Straße zu teuer wird oder auch zu lange dauert, spricht nichts gegen die Nutzung des Luftraums, wenn die rechtlichen und planerischen Herausforderungen gelöst werden können.

**Dr. Schnarrenberger:** Der Bau einer urbanen Seilbahn im Münchner Norden ist sicher ein interessantes Gedankenspiel und eine gute Alternative und Ergänzung zum bestehenden öffentlichen Nahverkehr darstellen. Vorteile sind sicher u.a. ein geringer Bodenverbrauch, ein vom übrigen Verkehr unabhängiger „Fahrweg“, geringe Emissionen und eine hohe Leistungsfähigkeit. Ob dieses Projekt in München realisiert werden kann, wird die in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zeigen. **DK**

päischen Werte in der Welt verteidigen. Nur mit einem selbstbewussten Europa können wir den Internetriesen oder chinesischen Investoren sagen: Wer in Europa Geld verdienen will, der muss lernen, dass er sich an unsere Regeln halten muss. Wir dürfen uns nicht auseinanderreiben lassen. Auf das Europa der Zerrissenheit werde ich mit einem Europa der Partnerschaft antworten. Ich will Brückenbauer sein.“

## Schlag ins Gesicht von...

(Fortsetzung von Seite 1)

kanzlerin Merkel selbst hat 2017 versprochen, dass man solche Selbstverständlichkeiten nicht in den Koalitionsvertrag schreiben müsse. Wir hoffen natürlich, dass unsere Bundeskanzlerin hier einschreitet. Zudem werden wir uns die Rückendeckung unseres Ministerpräsidenten und unseres Bundesinnenministers holen, um für eine Beibehaltung der bisherigen Finanzierung zu kämpfen. Politische Zusagen müssen gelten.“

Auch der Bayerische Gemeindegat hat die Bundesregierung nachdrücklich davor gewarnt, die Beiträge des Bundes zu den Integrationskosten – wie geplant – drastisch zu reduzieren. „Wer hier den Rotstift ansetzt, gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft und produziert langfristig zwangsläufig deutlich höhere Kosten“, hob der Präsi-

**Bayerischer Archivat in Coburg:**

## Archive und Forschung

„Bayerischer Janus“ für Augsburger OB Dr. Kurt Gribl

Archive, Wissenschaft und Forschung arbeiten seit jeher eng zusammen. Hinzu kommt, dass sich Archive als Dienstleister für Öffentlichkeit und Forschung verstehen. Der digitale Wandel eröffnet heute neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Welche Wege sollen die Archive in der Kooperation mit der Forschung einschlagen? Mit dieser Frage beschäftigte sich der 11. Bayerische Archivat in Coburg, an dem 200 Archivate aus Bayern und Thüringen teilnahmen. Eingebettet in die Veranstaltung war die 52. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive.

Zum Auftakt der Veranstaltung referierte Prof. Dr. Eva Schlotheuber, Vorsitzende des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, über „Das vergessene Gedächtnis? Archive und Wissenschaft im Dialog“. Die sich anschließende Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Günter Dippold, 1. Vorsitzender Colloquium Historicum Wirsbergense - Heimat- und Geschichtsfreunde in Franken e. V. (Lichtenfels), Dr. Wilhelm Füßl, Archiv des Deutschen Museums (München), Dr. Bernhard Grau, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (München), Dr. Andreas Heuser, Stadtarchiv München, Dr. des. Eva Karl, Mitarbeiterin des Projekts „Coburg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ des Instituts für Zeitgeschichte (München) sowie die Münchner Historikerin Franziska Walter unter der Überschrift „Könnt ihr nicht oder wollt ihr nicht?“ bot die Möglichkeit, über die Situation der Archive zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten zu debattieren.

Weitere Referate spannten den Bogen „von der Nutzung zur Vernetzung“ und befassten sich mit Zugangsregelungen zu Archivinformationen, mit der Teilnahme an Projekten wie Coding da Vinci, mit Überlegungen zur Einbindung der Öffentlichkeit im Rahmen der sog. Citizen Science sowie mit den Erfahrungen zu automatisierten Transkriptionen.

Archivarinnen und Archivarinnen hatten bereits am Vortrag an mehreren Spartenitzungen teilgenommen. Darüber hinaus verließ in einer Abendveranstaltung der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Bernd Sibler, den „Bayerischen Janus“ als Anerkennungspreis für besondere Verdienste um das Archivwesen an

### Trommeln für Europa

„Wir trommeln für Europa“, hob CSU-Generalsekretär Markus Blume hervor. In den aktuellen, chaotischen Brexit-Tagen behalte seine Partei einen klaren Blick. Die CSU stehe für „Kompass statt Chaos“. Sie strebe ein Europa an, „das uns stark macht und zusammenhält“. „Wir verstehen uns als die Volkspartei für Europa“, unterstrich Blume. **DK**

dent des Deutschen Städte und Gemeindebunds und Präsident des Bayerischen Gemeindegats, Dr. Uwe Brandl, hervor. „Integration ist ein Marathonlauf. Wer auf halber Strecke aus kurzfristigen Sparerwägungen heraus aus diesem gesamtgesellschaftlichen Projekt aussteigt, gefährdet sehenden Auges den Erfolg. Das muss der Bundesregierung bewusst sein.“

### Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Wer solche Überlegungen anstellt, kenne offenbar die Situation vor Ort nicht, fuhr Brandl fort. Hunderttausende von Flüchtlingen seien derzeit von einer echten Integration noch meilenweit entfernt. „Daran müssen wir arbeiten. Das können die Städte und Gemeinden aber nur, wenn die ausreichen-

Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

Wie Sibler in seiner Laudatio betonte, „besitzt Augsburg eines der modernsten und bedeutendsten Stadtarchive in ganz Deutschland. Mit dem Neubau des Archivs hat die Stadt ein deutliches Zeichen gesetzt für den hohen Wert und die große Bedeutung der Archivarbeit für unsere Gesellschaft. Herzlichen Dank für dieses beispielhafte Engagement!“

Mit Blick auf den Namen des Preises wies der Minister darauf hin, dass Archive ebenso wie der römische doppelgesichtige Schutzgott Janus sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft blickten: „Archive machen uns das Gestrn zugänglich. Sie helfen uns, Entwicklungen zu rekonstruieren und deren Bedeutung für das Heute und Morgen zu erkennen. Sie sind wertvolle Schatzkammern unserer Geschichte und damit unserer Identität.“

Das Stadtarchiv Augsburg bietet neben einem Magazinrakt, der eine Fläche von rund 3.200 Quadratmetern hat, großzügige Räumlichkeiten für die Öffentlichkeit: zwei Lesesäle, Reperenzzimmer sowie eine flexibel abtrennbare Fläche im Foyer für Ausstellungen, Vorträge und andere Veranstaltungen. Rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pflegen den umfassenden Bestand des Archivs der geschichtsträchtigen Fuggerstadt und machen ihn den Besucherinnen und Besuchern zugänglich.

Mit dem „Bayerischen Janus“ honorieren die öffentlichen und privaten Archive besonderes Engagement und Verdienste um das bayerische Archivwesen. Die Auszeichnung wird alle zwei Jahre im Rahmen des Bayerischen Archivatags verliehen. **DK**

de Finanzausstattung gewährleistet ist. Integration findet immer vor Ort statt, die Finanzierung ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Herausforderung für unser Gemeinwesen kann nicht nach Kassenlage gestaltet werden. Was wir heute einsparen, werden wir morgen in vielfacher Höhe ausgeben müssen. Durch misslungene Integration, wenig Sprachkenntnisse und Entstehung von Parallelgesellschaften. Das kann niemand ernsthaft wollen“, erklärte der Präsident.

Es sei zwar richtig, dass die Zahl der Asylbewerber derzeit zurückgeht. Pro Jahr kommen aber immer noch etwa 160.000 Personen nach Deutschland. Brandl zufolge entspricht dies der Bevölkerung einer Großstadt. „Sie müssen untergebracht und versorgt werden, es müssen Kitaplätze und Schulstandorte geschaffen und die Menschen müssen integriert werden. Auch die Zahl der Abschiebungen von Menschen, die eigentlich kein Bleiberecht haben, steigt nicht an, sondern nimmt ab. Außerdem steigt die Zahl der Geduldeten an. Dies verursacht erhebliche Kosten bei den Kommunen.“

### Langfristige, verlässliche Übernahme der Kosten

„Wir erwarten nicht weniger Mittel, sondern eine langfristige, verlässliche Übernahme der Kosten, auch für die Geduldeten. Gerade im Bereich Integration muss die Politik zeigen, dass sie zu verantwortlichem und verlässlichem Handeln in der Lage ist. Dies tut sie nicht, indem sie die Kommunen mit dieser Herkulesaufgabe praktisch alleine lässt“, stellte Brandl fest.

„Die derzeit vorliegenden Pläne des Bundes für eine Flüchtlingspauschale können die Städte nicht akzeptieren“, machte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur deutlich. Der Bund würde damit seine Mittel deutlich reduzieren. Die Städte erwarten vom Bund, dass er sich auch in Zukunft maßgeblich an den Kosten der Länder und Kommunen beteiligt. Bei den derzeitigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Flüchtlingsfinanzierung müssten außerdem die Aufwendungen für abgelehnte, aber geduldete Flüchtlinge berücksichtigt werden, die in den Städten leben.

„Wir brauchen ab 2020 eine verlässliche, auf Dauer angelegte Finanzierungsregelung für die Unterbringung und Verpflegung sowie die Integration von Flüchtlingen“, unterstrich Dedy. Denn in den Städten, in denen die Flüchtlinge leben, entscheide sich, wie schnell und gut die Integration gelingt. Ein gutes Beispiel für gelungene Finanzierung sei die vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund. „So kommen die Entlastungen bei den Kommunen an, wo die Belastungen entstehen. Deshalb sollte diese Regelung beibehalten werden.“ Für alle anderen Elemente der Finanzierung gelte: „Bund und Länder müssen einen Weg finden, der den realen Aufwendungen der Kommunen für Flüchtlinge gerecht wird und die Ausgaben für Geduldete einbezieht.“

In gleicher Weise empört äußerten sich auch der Bezirksvorsitzende des niederbayerischen Landkreistags, Passaus Landrat Franz Meyer sowie der Vorsitzende des Finanzausschusses im Bayerischen Städtetag, Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Die kommunalen Integrationskonzepte hätten das Ziel, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund die gleichen Chancen zu ermöglichen. **DK**

Zukunftskongress Bayern:

## AKDB präsentiert Lösungen für eine digitale Heimat

Auf dem 5. Zukunftskongress Bayern, der in München unter dem Motto „Staat und Kommunen als digitale Heimat für Bürger und Wirtschaft“ stattfand, präsentierten AKDB-Experten zwei der wichtigsten Treiber bei der Digitalisierung kommunaler Verwaltungen: Online-Bürgerdienste und E-Rechnung.

In einem waren sich alle Referenten auf dem 5. Zukunftskongress Bayern einig: Die Digitalisierung ist absolutes Zukunftsthema und eine Riesenchance, vor allem für den ländlichen Raum. Sie macht Bayern wettbewerbsfähig und bietet Bürgern und Wirtschaft auch im Netz eine digitale Heimat. Denn gerade durch das Onlinezugangsgesetz rücken Kommunen, die 90

Prozent der Verwaltungsleistung stemmen, als Hauptansprechpartner für Bürger und Unternehmen in den Fokus.

### Kommunen als digitale Organisationen

„Unsere Wirtschaft, unser Wohlstand und unser demokratisches Miteinander hängen vom Gelingen der digitalen Transformati-

on ab“, stellte die erste Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, zur Eröffnung des Zukunftskongresses Bayern in ihrer Keynote klar. Bayerische Kommunen würden zu digitalen Organisationen und digitale Prozesse beschleunigten die Organisationsentwicklung, so die Staatsministerin weiter.

Zwei entscheidende Treiber auf dem Weg in die Digitalisierung kommunaler Verwaltungsprozesse beleuchteten die Experten der AKDB mit Impulsvorträgen in den Fachforen-Sessions „E-Government“ und „E-Rechnung“: Online-Bürgerdienste und das E-Rechnungswesen – von der Antragstellung bis zum digitalen Archiv.

### Einheitliches Servicekonto

Torsten Frenzel, Bereichsleiter Projektmanagement und DevOps im Geschäftsfeld eGovernment, machte sich in seinem Vortrag für den Ausbau von Online-Services stark und unterstrich, dass die AKDB die Anforderungen des OZG erfüllt. Er präsentierte in seinem Beitrag die Vorteile eines einheitlichen Servicekontos mit Postfach sowohl für Bürger (Bürgerkonto) als auch für juristische Personen (Unternehmenskonto). Mit dem Servicekonto bietet die AKDB schon seit Jahren eine komplett digitale Infrastruktur, mit der Bürger eine Vielzahl von Online-Diensten nutzen könnten. Auch die Interoperabilität des

Servicekontos, also ein einheitliches Nutzerkonto im OZG-Sinn, das für alle Online-Verwaltungsleistungen genutzt werden kann, sei bereits erfolgreich erprobt worden, so Frenzel.

### Analoge Prozesse straffen

Holger Gehring, stellvertretender Leiter des Geschäftsfelds Finanzwesen bei der AKDB, hob hervor, dass die E-Rechnung, die nächstes Jahr für alle Kommunen Pflicht ist, nur Teil eines größeren Digitalisierungsprojekts sei. Er forderte Kommunen auf, ihre analogen Prozesse zu analysieren und zu straffen, bevor sie die E-Rechnung einführen. „Die E-Rechnung entfaltet erst mit einem digitalen Dokumenten-Managementssystem ihre ganze Wirkung“, so Gehring. Die Vorteile ließen nicht lange auf sich warten: Schnellere, transparentere Prozesse und eine große Kosten- und Zeitersparnis seien das Ergebnis.

Weitere Schwerpunktthemen des eintägigen Kongresses, der im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München stattfand, waren die IT-Sicherheit, die Optimierung von Verwaltungsprozessen, veränderte Anforderungen an die Qualifikation kommunaler Mitarbeiter, sowie der Einsatz neuer Technologien wie KI, Chatbots und der Blockchain. Der Kongress wurde von der Fachpublikation Behörden Spiegel ausgerichtet und ist eine Austauschplattform für aktuelle Entwicklungen in der Digitalisierung von Staat und Kommunen.

In einer anschließenden Frageunde stellten sich Experten den Fragen aus dem Publikum. Dies bestand aus fast 350 kommunalen IT-Entscheidern, Beschaffern und Multiplikatoren.

## Neue sichere Datenaustauschplattform

Kostenfreie BayernBox für Kommunen und Landkreise des Freistaats ab sofort verfügbar

Das BayernNetz ist als Behördenetz des Freistaats mit gut 2.200 angeschlossenen Standorten die zentrale Infrastruktur der staatlichen und kommunalen Verwaltung. Ab sofort bietet das Heimatministerium den Kommunen in Bayern, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreisen und Bezirken, für einen sicheren Datenaustausch mit Partnern innerhalb und außerhalb des Bayerischen Behördennetzes eine neue Datenaustauschplattform an.

„Wir bieten unseren kommunalen Gebietskörperschaften mit der BayernBox eine zentrale kostenlose Infrastruktur an“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit. Diese ist vor allem für größere Datenmengen

der BayernBox unterstützt der Freistaat die Kommunen und stellt Ihnen einen leicht zu nutzenden Baustein für die digitale Kommunikation zur Verfügung“, betonte Füracker. Der Zugriff für die Kommunen erfolgt über eine Weboberfläche und ist von jedem Gerät mit Internet-Browser schnell und einfach möglich.

### Vorreiterrolle Bayerns

Gerade in Zeiten digitaler Vernetzung steigen die Herausforderungen an die IT-Sicherheit enorm. Deshalb unterstützt der Freistaat auch in diesem Bereich die Kommunen. Bayern hatte als erstes Bundesland mit einer eigenständigen IT-Sicherheitsbehörde auf immer neue Gefährdungslagen der digitalen Welt reagiert.

„Das LSI ist ein Anker der IT-Sicherheit in Bayern! Kernaufgabe des LSI in Nürnberg mit seinen Außenstellen in Würzburg und Bad Neustadt a.d.Saale ist die Gefahrenabwehr für staatliche IT-Systeme. Wichtigste Mission des staatlichen Behördennetzes. Das LSI berät aber auch Kommunen, öffentliche Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger in IT-Sicherheitsfragen“, stellte der Staatsminister fest.



Staatsminister Albert Füracker. □

konzipiert, die nicht ohne weiteres über E-Mails versandt werden können.

Anbieter der Lösung ist das IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern (IT-DLZ), das bereits den Betrieb der Austauschplattform für den staatlichen Bereich verantwortet. Dort wird die Lösung sicher und zentral zur Verfügung gestellt. „Mit



Sprach sich für den Ausbau von Online-Services aus: Torsten Frenzel, AKDB-Bereichsleiter Projektmanagement und DevOps im Geschäftsfeld eGovernment. □

## Ausbau der Digitalen Verwaltung im Freistaat

Bayern geht als deutschlandweiter Vorreiter in der digitalen Verwaltung weiter voran. Der Ministerrat hat den weiteren Fahrplan zur Digitalisierung der Verwaltung beschlossen. Die wichtigsten Verwaltungsleistungen in Bayern sollen flächendeckend digital angeboten werden – und deutlich schneller, als vom Onlinezugangsgesetz (OZG) des Bundes gefordert.

Dazu setzt Bayern auf einen Dreiklang aus:  
**1. OZG-Masterplan mit bayerischer Roadmap 2020**

Die Ziele Bayerns gehen deutlich über die Vorgaben des OZG hinaus: Nach dem bayerischen Koalitionsvertrag werden bis Ende 2020 die 54 wichtigsten Verwaltungsverfahren (zum Beispiel Beantragung Geburtsurkunde, KFZ-Zulassung, Gesundheitszeugnis, Hundesteuer, Wohnsitzmeldungen, Baugenehmigung, Elterngeld, Mutterschaftsgeld, Unternehmensanmeldung) flächendeckend als Online-Services für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zur Verfügung stehen – das OZG fordert dies erst bis Ende 2022. Arbeitsgrundlage bildet der sog. OZG-Umsetzungskatalog.

**2. Digitallabor Bayern und Registermodernisierung**

Im Digitallabor Bayern sollen Bürger und Unternehmen in gemeinschaftlichen Workshops mit IT-Entwicklern, Landkreisen und weiteren Vertretern der Kommunen an digitalen Lösungen für wichtige, bislang analoge Verwaltungsleistungen arbeiten. So sollen zum Beispiel bisherige Papier-Anträge und -Formulare in Webformulare umgewandelt werden – und dies möglichst einfach und anwenderfreundlich mit Hilfe eines standardisierten digitalen „Werkzeugkastens“.

### Erprobung in Pilotlandkreisen

Die konkreten Leistungen bzw. Anträge/Verfahren werden gemeinsam mit Pilotlandkreisen ausgewählt aus den Bereichen Straßenverkehrswesen, Gaststätten- und Gewerbebereich, Umwelt- und Naturschutz, Gesundheits- und Veterinärwesen und Jagd-

und Fischereiwesen. Als Gemeinschaftsprojekt mit dem Innovationsring des Bayerischen Landkreistages werden die gewählten Verwaltungsleistungen zunächst in diesen Landkreisen entwickelt und erprobt: Aschaffenburg, Bad Tölz-Wolfratshausen, Cham, Fürth, Kulmbach, Neu-Ulm und Passau. Die Ergebnisse werden nach dem Grundsatz „Einer für Alle“ den übrigen Landkreisen zur Verfügung gestellt.

### Daten besser vernetzen

Gleichzeitig sollen bislang dezentral gespeicherte Verwaltungsdaten (zum Beispiel Melderegister) besser vernetzt werden. Die Modernisierung der Registerdaten soll den Aufwand für die Bürger verringern und die Zusammenarbeit aller Behörden erleichtern. Künftig sollen häufig benötigte Angaben und Unterlagen nur noch einmal vorgelegt werden müssen.

### 3. Unterstützung der Kommunen

Die Kommunen sind das Gesicht der Verwaltung zu den Bürgern und Unternehmen. Bayern hat schon heute eine bundesweit führende Rolle bei der Digitalisierung der Verwaltung.

Über 1.900 Kommunen bieten bereits Online-Dienste im BayernPortal an. Über das zentrale BayernPortal können Kommunen ihren Bürgern eine einfache Anmeldung über die BayernID, die einfache und sichere Kommunikation mit den Behörden über einen Postkorb sowie das elektronische Bezahlen (ePayment) anbieten. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen bei der Digitalisierung auch finanziell im Rahmen der OZG-Umsetzung. □

# V

## HELDEN DER VERWALTUNG

Nº 05

### Herrin der Lage. Dank CAP.

Zahlen, Daten, Fakten. Im Controlling kann manchmal der Überblick verloren gehen. Finanzverwaltungen müssen jedoch jederzeit in der Lage sein, korrekte Zahlen und Ausblicke zur finanziellen Situation zu liefern. Dabei hilft die Controlling- und Analyseplattform CAP der AKDB. Für Controller, die nie den Überblick verlieren!

Wer hat eigentlich gesagt, Verwaltung sei langweilig?

Mehr Helden auf [www.akdb.de/helden](http://www.akdb.de/helden)

Verwaltung online:

## Klappt die Umsetzung?

Gerade erst haben die Kommunen die Neuerungen durch die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verkräftet, da stehen sie schon vor der nächsten Herausforderung: Gemäß dem Onlinezugangsgesetz (OZG) müssen sie bis 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch digital anbieten; der OZG-Umsetzungskatalog listet 575 solcher Leistungen auf. Um einen einheitlichen Zugang zu schaffen, sollen außerdem die Online-Portale von Bund, Ländern und Gemeinden technisch zu einem Verbund verknüpft werden. Die Federführung für beide Projekte liegt beim IT-Planungsrat.

Der Zeitplan ist ambitioniert, Zweifel an der pünktlichen Umsetzung sind berechtigt, wie beim zweitägigen DATABUND-Forum in München deutlich wurde. Der DATABUND, Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor, organisiert diese Foren bereits seit 2011, um den fachlichen Austausch zu fördern und heiße Themen zu diskutieren.

### Unübersichtliche Situation

Standpunkte zum geplanten E-Government lieferten beim diesjährigen Forum drei Impulsvorträge. Dr. Tobias Plate, Referatsleiter „Digitaler Staat“ im Bundeskanzleramt, stellte die Vorteile der Verwaltungsdigitalisierung für die Bürger heraus: Sie sollen sich nicht mehr um Zuständigkeiten kümmern müssen, über ein Bundesportal beziehungsweise den Portalverbund werden sie künftig immer zur richtigen Stelle geleitet. Die Authentifizierung geschieht über ein sogenanntes Bürgerkonto.

Derzeit sei die Situation jedoch unübersichtlich, kommentierte Frank Steimke, Leiter der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT), die den IT-Planungsrat unterstützt. Es dürfe nicht nur darum gehen, Formulare zu digitalisieren, im Fokus müssten vielmehr nutzerfreundliche Prozesse stehen. Dafür sei es nötig, die Daten „vernünftig zugänglich“ zu machen. Nach seiner Beobachtung ist es manchen der zuständigen Stellen gar nicht be-

wusst, welche Zugriffsmöglichkeiten bereits heute bestehen.

Sirko Scheffler, Geschäftsführer von brain-SCC, berichtete aus den Kommunen, für die seine Firma Portale entwickelt. Nach seinen Worten ist die OZG vielen Gemeinden noch gar nicht bekannt – geschweige denn, welche Änderungen sie bringt. Scheffler forderte unter anderem die Einbeziehung der Fachverfahren in die Planung und Umsetzung, die Erstellung einer realistischen Zeitplanung und die finanzielle Unterstützung für die Kommunen.

### Keine gebratenen Tauben

In der Podiumsdiskussion wurden die Referenten dann noch deutlicher. Die Digitalisierungsprojekte seien zu langsam und zu unbeweglich, zitierte Frank Steimke Stimmen aus der Praxis. Oft brauche die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und weiteren Beteiligten Zeit – „vielleicht zu viel Zeit“. Hier sei es nötig, verstärkt miteinander zu kommunizieren. Dr. Tobias Plate stimmte ihm zu: „Die Kommunikationsstränge müssen verbessert werden“, etwa zu den Herstellern oder zu den Kommunen. Gleichzeitig appellierte er an alle Beteiligten, Eigeninitiative zu ergreifen. Bei drängenden Themen dürfe niemand warten, „bis ihm die gebratene Taube in den Mund fliegt“. Sirko Scheffler wies darauf hin, dass die Standardisierung – die vielfach als derzeit mangelhaft beurteilt wurde – ge-

meinsam mit den Software-Herstellern erreicht werden sollte: Diese würden bislang nicht beziehungsweise nicht ausreichend einbezogen.

### Kritik am „zentralistischen Ansatz“

Weiterer Kritikpunkt war das Vorhaben des Bundes, bei der Digitalisierung der Verwaltung selbst Lösungen zu schaffen. Wäre es nicht besser, lediglich Rahmen und Standards vorzugeben? Ist E-Government ohne Wettbewerb überhaupt möglich? Der DATABUND-Vorstandsvorsitzende Stephan Hauber bekannte sich klar zum Wettbewerb: „Er ist die Basis unserer Gesellschaft.“ Das OZG sei in seiner Wirkung positiv zu bewerten, doch die Lösungen seien leider festgeschrieben – für ihn der Grund, warum sich das E-Government derzeit losgelöst von den gesamtgesellschaftlichen Digitalisierungsprozessen entwickle. Dabei gebe es schon bestehende Lösungen, auf die aber „nicht einmal im Ansatz“ zurückgegriffen werde.

Auch Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, kritisierte den „zentralistischen Ansatz“ des Bundes, der dem föderalistisch geprägten Grundgedanken des OZG zuwiderlaufe. Von den 575 Verwaltungsleistungen würden 460 von Ländern oder Kommunen vollzogen beziehungsweise umgesetzt. Es gebe zahlreiche Beispiele für dezentrale und erfolgreiche Lösungen, etwa die kommunalen Melderegister.

Viele Kommunen verfügen außerdem bereits über gut funktionierende Serviceportale. Dieter Rehfeld, Chef der Regio IT GmbH aus Aachen, bezeichnete sie als „Drehscheibe der Digitalisierung“. Sein Unternehmen habe sich für eine offene Technologie entschieden, um verschiedene Zugangs-

möglichkeiten zu schaffen: „Wenn das Thema Portal funktionieren soll, dann muss es natürlich einen Zusammenhang zwischen Landes- und Bundesportalen geben.“ Trotzdem habe jede Kommune ihre eigene Identität, daher gehe es nicht ohne Wettbewerb.

### Möglicher Nutzen der Blockchain

Professor Wolfgang Prinz vom Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT) beschrieb schließlich den möglichen Nutzen der Blockchain. Transaktionen ließen sich damit dezentral, sicher und irreversibel abwickeln, weshalb sie sich gut für Behörden eigne, etwa für Zertifizierung, Prüfung und Registratur. Noch stehe diese Entwicklung allerdings am Anfang: Nötig sei zunächst eine Identifikation relevanter Blockchain-gerechter Use Cases.

Die Situation rund um die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) scheint derzeit unübersichtlich, gerade Kommunen wissen oft noch nicht, was auf sie zukommt. Kritisch äußerten sich viele Teilnehmer des DATABUND-Forums 2019 zum zentralistischen Ansatz bei der Umsetzung des OZG, der Wettbewerb ausschließe, sowie zur mangelnden Kommunikation. In vielen Grundfragen waren sich die öffentlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleister auf dem Forum erstaunlich einig und vereinbarten einen engeren Austausch. **Autoren: Eduard Heilmayr/David Schahinian**

### Breko-Glasfasermesse in Wiesbaden:

## Digitale Zukunft gestalten

Unter dem Motto „Wir bauen die Netze und gestalten Deutschlands digitale Zukunft“ fanden in Wiesbaden die Fiberdays 19 statt. Rund 3.000 Fachbesucher aus dem In- und Ausland informierten sich bei den über 160 nationalen und internationalen Ausstellern über alle Aspekte rund um die zukunftssichere Glasfaser und nahmen zahlreich an den mehr als 100 Fachseminaren und Workshops teil.

Führende Köpfe aus der Telekommunikationsbranche und Politik berichteten, wie die nächsten Schritte in Richtung flächendeckende Glasfasernetze als Basis für die Digitalisierung Deutschlands aussehen werden. Breko-Präsident Norbert Westfal rief die Branche – ebenso wie der Vorstandsbeauftragte der Deutschen Telekom, Dr. Dido Blankenburg – zu mehr Kooperationen beim Glasfaserausbau auf. Dabei liege der Schwerpunkt klar beim Glasfaserausbau ohne die Inanspruchnahme von Fördermitteln: „Für die Breko-Netzbetreiber gilt das Primat des eigenwirtschaftlichen Ausbaus.“ Es dürfe keine Flutung des Markts mit Fördermitteln geben; vielmehr sollten diese wohl dosiert und nur punktuell eingesetzt werden.

### Lebensqualität vor Ort

DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg zeigte die Anforderungen und Chancen einer digitalen Stadt oder Gemeinde auf: Digitalisierung muss den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und der Lebensqualität vor Ort dienen. Wichtig ist es, die Chancen in den Blick zu nehmen, anstatt nur über die Risiken zu diskutieren. Fundament der Digitalisierung ist ein Glasfasernetz und ein leistungsstarkes Mobilfunknetz.

„Der flächendeckende Glasfaserausbau ist oberstes Gebot. Nur so können wir den wachsenden Anforderungen der Digitalisierung begegnen“, hob der hessische Digital-Staatssekretär Patrick Burghardt hervor. Er wies darauf hin, dass die Baupreise gestiegen seien und die Tiefbaukapazitäten an ihre Grenzen stießen. Daher sei es geboten, „uns dringend auf tiefbauschonende, innovative Verlegungsmethoden zu fokussieren und neue Lösungen zu suchen“.

Studie des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums:

## Verwaltungsdaten besser nutzen

Die öffentliche Hand verfügt über eine Vielzahl von Daten und Informationen. Geburtsdatum, Wohnort, Familienstand – all das und noch viel mehr ist dem Staat bekannt und in verschiedenen Registern hinterlegt. Dennoch ist es (fast) immer erforderlich, ein Verwaltungsverfahren aus eigenem Antrieb und unter Beibringung einer Vielzahl dem Staat bereits bekannter Daten und Informationen zu initiieren. Nicht selten müssen diese Daten händisch und unter Verwendung schriftlicher Formulare wieder und wieder beigefügt, geprüft und singular unter Inkaufnahme von Medienbrüchen verarbeitet werden.

Ob und wie unter Berücksichtigung rechtlicher Standards Mehrwerte einer datenbasierten Verwaltung gehoben werden können, zeigt eine Studie des Nationalen E-Government-Kompetenzzentrums (NEGZ) auf: „Data Driven Government“ setzt sich zudem damit auseinander, wie rechtliche Anforderungen erfüllt werden können.

Laut Studie können vorhandene Daten unter Achtung der Datensouveränität der Bürgerinnen und Bürger so verknüpft werden, dass daraus Leistungen generiert werden können, die sich in ihrem Nutzen von herkömmlichen Verwaltungsdienstleistungen abheben. Technische Schnittstellen zwischen Systemen sind vielfältig vorhanden, sie sollten vereinheitlicht werden und über das Einverständnis der Bürgerinnen und Bürger nutzbar gemacht werden für die digitale Kommunikation zwischen den Ämtern (anstelle von Bescheiden und Belegen in Papierform). Der Variantenreichtum der Schnittstellen erhöht unnötig die Entwicklungsaufwände

und verzögert damit die Digitalisierung.

Abweichungen der Datenbestände, beispielsweise bei Namens- und Adressschreibweisen, werden durch manuelle Abschriften hervorgerufen und erschweren die Systemabfragen (z. B. zwischen Melde- und Zulassungsregistern). Durch technische Abgleiche sollten diese vereinheitlicht werden können. Auch könnte ein zentrales Dashboard sowohl die Kommunikationsbeziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung abbilden als auch der Bürgerin bzw. dem Bürger die Möglichkeiten bieten, den Zugriff auf seine Stammdaten zu regeln bzw. berechtigte Zugriffe nachzuvollziehen. Die Verwaltung kann dezentral auf Daten zugreifen, ohne dafür parallele Strukturen und Silos bereitstellen zu müssen.

Abo-Modelle für wiederkehrende Bescheide wie etwa Parkbewilligungen seien in der Lage, sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Verwaltung zu entlasten. Darüber hinaus eröffneten proaktive Angebote Einsparpotenziale für alle Prozessbeteiligten und zeigten eine wahrnehmbare Verbesserung der Services für Bürgerinnen und Bürger.

Noch weitergehend ist der Vorschlag eines Dashboards, das Daten der Bürgerin bzw. des Bürgers vorhält und eine Übersicht über Beziehungen von Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung bietet. Das Dashboard würde als zentrale Datenquelle fungieren und Bürgerinnen und Bürgern erlauben, ihre Daten freizuschalten und berechnete nachvollziehen zu können. Auch Bescheide würden automatisch dem Dashboard „zugestellt“.

Dem Recht kommt der Untersuchung zufolge eine wichtige Begrenzungsfunktion zu, die sich etwa aus den Erwägungen des Datenschutzes ergibt. Aber es hat nicht nur eine Begrenzungsfunktion, sondern kann auch Grund und Gestaltungsmittel sein. IT-Sicherheit ist im Rahmen einer datenbasierten Verwaltung noch wichtiger. Sie bezieht sich nicht nur auf die Sicherheit der verwendeten Produkte und IT-Verfahren, sondern ganzheitlich auf die gesamte Organisation einschließlich der Amtsträger sowie der Bürgerinnen und Bürger.

Eine Aufgabe, die dem Verwaltungsverfahrenrecht in Zukunft stärker zufallen sollte, ist es, positiv auf die Dateninfrastruktur der Verwaltung einzuwirken und insbesondere Grundprinzipien der Datenhaltung zu formulieren, die in Standards weiter ausgearbeitet werden.

Eine datenbasierte Verwaltung erlaubt es, Antragserfordernisse systematisch zu überprüfen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten bis hin zur antragslosen automatisierten Leistung, wie die Verfahren bürgerfreundlicher, effektiver und effizienter und langfristig kostengünstiger gehandhabt werden können. Kriterien der Überprüfung können dabei etwa die Informationsgrundlage, die Folgen des Verwaltungshandelns, der Grad der notwendigen Beteiligung etc. sein.

Fazit: Es ist ökonomisch und gesellschaftlich sinnvoll und informationstechnologisch wie rechtlich möglich, die Potenziale einer datenbasierten Verwaltung zum Nutzen aller auszuschöpfen. Deren Möglichkeiten zeigen sich anhand konkreter Beispiele. **DK**

Treffen des Digitalrats:

## Vom richtigen Umgang mit Daten

Der von der Bundesregierung berufene Digitalrat hat sich zu seiner dritten Sitzung in Berlin getroffen. Schwerpunkt der von Kanzlerin Angela Merkel geleiteten Sitzung, an der neben Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier unter anderem auch die Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär, teilnahm, war die Umsetzung konkreter Vorschläge zum Thema „Digitaler Staat und E-Government“. Zudem wurde vor allem das Thema „Daten und Gesellschaft“ erörtert.

Das Gremium stimmte darin überein, die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen in Bezug auf seine Daten zu schützen, aber gleichzeitig Innovationen wie im Bereich der Gesundheit nicht zu verhindern.

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen, wenn sie klug gestaltet wird. Der Bundesregierung ist deshalb ein enger Austausch zwischen Politik und nationalen sowie internationalen Experten wichtig. Aus diesem Grund hat sie den Digitalrat berufen. Er ist bewusst als ein kleines, schlagkräftiges Gremium eingerichtet. Er soll der Regierung die richtigen Fragen stellen, fachlich unterstützen und, wo nötig, auch antreiben.

Anlässlich der Sitzung des Digitalrats sprach sich der Deutsche Landkreistag dafür aus, die Voraussetzungen für eine Verwaltungsdigitalisierung rascher zu schaffen. Laut Präsident Landrat Reinhard Sager „sind nach wie vor nicht alle Kernelemente des Portalverbundes geklärt, der künftig eine elektronische Verwaltung ermöglichen soll. Ohne einen solchen Rahmen für die IT-Architektur zwischen Bund, Ländern und Kommunen kann die Digitalisierung nicht wirklich Fahrt aufnehmen. Zudem brauchen wir einen echten Modernisierungsschub in der Verwaltung, der eine durch-

gängige elektronische Bearbeitung vom Antrag über das Verfahren bis zum Bescheid ermöglicht. Das erfordert eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange.“ 575 Verwaltungsleistungen sollen bis 2022 online zur Verfügung stehen. Nach Aussage des DLT-Präsidenten ist dies allein in Anbetracht der bislang abgelaufenen Zeit eine sehr ambitionierte Aufgabe.

### Einzellösungen befürchtet

Vor allem ist es nach Sagers Worten bislang noch nicht gelungen, sich im IT-Planungsrat auf eine einheitliche Basisinfrastruktur für den Portalverbund zu einigen. „Die Kommunen bauen derzeit eigene Bürgerportale aus und integrieren diese in Zusammenarbeit mit den Ländern in die Landesportale. Wir befürchten erneut viele landesspezifische Einzellösungen.“ Notwendig sei aber mehr Standardisierung, damit Online-Anwendungen mit den bestehenden „dahinter liegenden“ Verfahren auf kommunaler Ebene zusammen passen und man nicht überall das Rad neu erfinden müsse. Zudem sei eine schlanke Datenaustauschstruktur im Portalverbund grundlegend.

Mit Blick auf die Alltagsnähe kommt es aus Sagers Sicht zu

dem sehr grundlegend darauf an, benutzerfreundliche und rechtssichere Wege zum Nachweis der Identität zu finden. „Das ist eine große Hürde für die Akzeptanz bestehender digitaler Verwaltungsangebote. E-Government in Deutschland wird mit dem höchsten Vertrauensstandard über den neuen Personalausweis (nPA) nur funktionieren, wenn dieser mobil und ohne Lesegerät über das Smartphone als App-Lösung verwendet werden kann. Alles andere werden die Bürger als zu kompliziert und nicht zeitgemäß ablehnen.“

Um Bürger und Unternehmen zu entlasten, müsse es schließlich möglich werden, bei der öffentlichen Hand einmal vorhandene Daten flächendeckend zu nutzen. „Der Bund sollte jetzt zügig die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für das ‚Once-Only-Prinzip‘ schaffen. Danach sind die Behörden verpflichtet, auf vorhandene Daten des Betroffenen aus elektronischen Registern zuzugreifen. Nicht mehr der Bürger oder das Unternehmen sollten Geburtsurkunden, Melde- oder Handelsregister-Einträge vorlegen müssen, sondern diese sollten – wenn vom Antragsteller gewünscht – von der jeweiligen Behörde direkt in einem elektronischen Register abgefragt werden.“ Der DLT unterstütze daher die Überlegungen des Bundes, einen Kerndatensatz pro Person zu schaffen. „Wir können uns eine grundsätzliche Ausrichtung an dem österreichischen Modell mit bereichsspezifischen Personenkennziffern vorstellen“, unterstrich der Präsident. **DK**

# M-net startet Pilotprojekt mit 100 Mbit/s im Main-Kinzig-Kreis

Schnelleres Internet für rund 8.500 Haushalte in Rodenbach, Freigericht und Hasselroth

Der lokale Telekommunikationsanbieter M-net startet ein Pilotprojekt für drei Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis und erhöht dabei die Internetbandbreite von aktuell maximal 50 Mbit/s auf bis zu 100 Mbit/s im Download. Für das Pilotprojekt wurden die lokalen Netze in den drei Ortschaften Rodenbach, Freigericht und Hasselroth mit neuen Netzwerkkomponenten aufgerüstet und ein neuer Sondertarif „Surf&Fon-Flat 100 Regio Spezial“ eingeführt. Das Angebot steht ab sofort für rund 8.500 angeschlossene Haushalte in der Pilotregion zur Verfügung. Der neue Tarif ist ausschließlich über die M-net Vertriebspartner und M-net Medienberater in der Region sowie ab Ende April auch über die Website von M-net buchbar.

Um den Breitbandausbau im Main-Kinzig-Kreis weiter voranzutreiben, gehen M-net sowie die Breitband Main-Kinzig GmbH den nächsten wichtigen Schritt. Gemeinsames Ziel ist es, die verfügbaren Internetbandbreiten kontinuierlich zu erhöhen. Daher werden im Rahmen eines Pilotprojekts aktuell Anschlussraten von bis zu 100 Mbit/s bereitgestellt. Die technische Grundlage bietet das neue VDSL2 Übertragungsprofil 35b ohne Vectoring, bei dem der Frequenzbereich für die Datenübertragung im Vergleich

zum herkömmlichen VDSL von 17 auf 35 Megahertz erweitert wurde. Über die im Main-Kinzig-Kreis ausgebaute Infrastruktur, bei der ein leistungsstarkes Glasfasernetz bis hin zu den lokalen Verteilerkästen verlegt wurde, ermöglicht der neue Standard bis zu 100 Mbit/s im Downstream sowie bis zu 20 Mbit/s im Upstream.

## Ausgereifte Technik

„Das Pilotprojekt ist für uns die konsequente Fortführung unse-

res Engagements im Main-Kinzig-Kreis“, erklärt Richard Zebisch, M-net Niederlassungsleiter für den MKK. „Das Profil 35b ohne Vectoring bietet eine technisch ausgereifte und schnell umsetzbare Möglichkeit, die Download-Raten für unsere Kunden von 50 Mbit/s auf 100 Mbit/s zu verdoppeln. Schon wenige Tage nach der technischen Umsetzung können wir erste Auftragseingänge verzeichnen und haben bereits erste Kunden auf den Spezialtarif umgestellt.“

Für einen weiteren möglichen Roll-Out der neuen Technologie in den regionalen Netzen von M-net gibt es derzeit noch keine konkreten Planungen; dieser ist nicht zuletzt abhängig von den Ergebnissen der laufenden Pilotphase. Nach einem Testzeitraum von sechs Monaten wird das Pilotprojekt technisch ausgewertet und auch der tatsächliche Kundenbedarf an höheren Bandbreiten in der Region analysiert.

# Breitbandausbau gewinnt an Dynamik

Neuer Besucherrekord: 500 Teilnehmer beim 8. Breitband-Symposium in Garmisch-Partenkirchen

Mit fast 500 Gästen aus dem In- und Ausland hat das diesjährige Breitband-Symposium in Garmisch-Partenkirchen einen neuen Besucherrekord aufgestellt. Die im achten Jahr in Folge von der Ort ansässigen Langmatz GmbH organisierte Veranstaltung hat sich längst als zentrale Plattform der FTTH-Branche erfolgreich etabliert. „Die hervorragende Resonanz dieser Veranstaltung ist Ansporn für uns, ein solches Thema auf die Beine zu stellen“, betonte Stephan Wulf, Vorsitzender der Geschäftsleitung von Langmatz in seiner Begrüßungsrede.

Am ersten Tag des Symposiums hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich in einer Vielzahl spannender Vorträge im Kongresshaus über den Stand der Digitalisierung in Deutschland und Europa sowie aktuelle Marktentwicklungen im Breitbandausbau zu informieren. Das von der Vier-Schanzen-Tournee bekannte Olympia-Skistadion wurde tags darauf von Langmatz zum Open House umfunktioniert. Dort präsentierte Langmatz in einem großen Zelt seine neuesten Produkte für den Glasfaserausbau gemeinsam mit den unterschiedlichen Angeboten der 26 Partnerfirmen. Die Räume auf dem Schanzentisch, mit spektakulärem Ausblick ins Tal, wurden für Workshops rund um den Breitbandausbau genutzt. Die Themen: „Richtiges Handling der Glasfaser im Installationsalltag“, „Alternative Verlegetechniken“ und „LWL Inhouse Verteilungskonzepte“. Außerdem hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, mit einem Shuttlebus in das nahe gelegene Langmatz Werk in Oberau zu fahren, um dort die verschiedensten Produktionsabteilungen kennen zu lernen.

Geht es nach Dr. Iris Henseler-Unger, Geschäftsführerin des Wissenschaftlichen Instituts für Infrastruktur und Kommunikationsdienste GmbH (wik), gibt es in den nächsten Jahren drei wichtige Punkte auf dem Weg in die Gigabit-Welt: neue Technik, neue Kunden und neue Gesetze. Beim Endkunden ist Glasfaser eine neue Technik, aber auch 5G – darüber hinaus würden noch weitere Mobilfunk-Frequenzen in den Markt kommen. Ziele des Koalitionsvertrags, wie Leitmarkt für 5G zu werden und eine lückenlose Mobilfunkversorgung für den ländlichen Raum sicher zu stellen, sieht Dr. Henseler-Unger noch in weiter Ferne. Die Bundesregierung nehme dies alles sehr ernst, auch in Bezug auf die Förderung, jedoch „fehlt noch viel, das Breitbandziel 2025 zu erreichen.“ Für die Unternehmen bedeute die künftig auf Glasfaser beruhende Basisin-

frastruktur unzählige Möglichkeiten, neue Geschäftsmodelle und Wachstum. Die sich durch neue Gesetzesgrundlagen – vornehmlich von der EU – ergebenden neuen Rahmenbedingungen seien erstmalig für alle gut. „Aber die Leute warten ab“, sagte sie, „eventuell verbessern sich die Konditionen.“ Es müsse sich im Markt rechnen, so ihre Einschätzung. „Was im Gesetz steht, ist zunächst irrelevant.“

## Digitalisierung in Europa: Das Beispiel Estland

Wie sich die Digitalisierung in Europa entwickelt, zeigte Heiko Voss in seinem Vortrag am Beispiel Estlands. Der Geschäftsführer von Voss Telecom Services GmbH und Gesellschafter von Estonian Fibre gab anhand des Cisco-Studienberichts von 2018 einen Einblick, wie Europäer den Prozess der Digitalisierung erleben. Demnach nehmen wir die zunehmende Digitalisierung vor allem in unserer Freizeit wahr (35,8 %), erst danach folgt die Arbeit (23,4 %). Bei unseren Gefühlen dominiert die Neugier (23,5 %) nur ganz knapp vor der Genervtheit (22,8 %). Ganz anders in Estland: „e-Estonia – the coolest digital society“ sei eine unglaubliche Erfolgsgeschichte, die aus einer Partnerschaft zwischen einer zukunftsorientierten Regierung, einem aktiven IT-Sektor und einer technisch versierten Bevölkerung entstand, so Voss. Die Esten seien sehr stolz auf diese Entwicklung, nähmen sich selbst als digitale Gesellschaft wahr und hätten weniger Ängste. Kernziele der estnischen Regierung sind verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, Wohlstand der Bevölkerung und einfache sowie effiziente öffentliche Verwaltung. „Herzstück der Digitalisierung in Estland ist die 2002 eingeführte elektronische ID, die von 98 Prozent der Bürger genutzt wird“, erläuterte Voss das Erfolgskonzept der dortigen Digitalisierung. Mit 1,2 Millionen Kunden, 9.000 Mitarbeitern und einem Um-

satz von rund 7,2 Milliarden Euro zählen die Stadtwerke München (SWM) zu den größten deutschen Energieversorgern. Wie eine Großstadt die Digitalisierung vorantreibt und neue Geschäftsfelder durch den Breitbandausbau erschließt, schilderte Dr. Jörg Ochs, Geschäftsführer SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG.

## SWM: Digitalisierung einer Infrastruktur aus dem letzten Jahrhundert

Eine moderne Glasfaserinfrastruktur mit 9.000 Kilometern Länge bilde in München die Basis für die Digitalisierung, erläuterte er in seinem Vortrag. Für den geplanten 5G-Ausbau habe man beispielsweise bereits alle Bushäuser mit Glasfaser vernetzt. Ein kostenloses WLAN mit 1.500 Access Points verbindet die Bürger, das größte öffentliche TETRA-Netz sorgt für eine krisensichere Infrastruktur und ein LoRaWAN dient als effiziente Sensorvernetzung im Umfeld von IoT und Smart City. Neue Technologien werden beispielsweise im Wasserverlustmanagement eingesetzt. „Unser Ziel ist die KI-basierte Analyse von Audio-Daten“, erzählte Ochs. Dafür werden an Hydranten Sensoren angebracht, um herauszufinden, wo eine Wasserleckage entstehen wird. Jährliches Investitionsvolumen in die TK-Infrastruktur: 50 Millionen Euro.

Fabian Stadelmeier, verantwortlich für Sonderverlegetechnologie bei der Leonhard Weiss GmbH & Co. KG, gab aus der Perspektive eines Tiefbauunternehmens Einblicke in die Entwicklung von Trenching in Deutschland. Beim so genannten H-Trenching (H steht für hochwertig) handelt es sich um eine Verlegetechnik im Netzausbau, bei der Asphaltoberflächen aufgefäst werden, um darin Leerrohre zu verlegen.

Dieses Verfahren, das bei Leonhard Weiss bereits seit einigen Jahren erfolgreich eingesetzt wird, kann die Ausbaugeschwindigkeit um das Sechsfache erhöhen, die Effizienz von Bauabläufen steigern und die Kosten um zehn bis 15 Prozent minimieren. Dass es für den erfolgreichen Einsatz dieser Methode zwingend notwendig ist, spezifische Qualitätskriterien einzuhalten und sie keine Patentlösung für jede Verkehrsfläche ist,

## Gemeinsam das Bürgernetz im MKK voranbringen

„Durch das gemeinsame Engagement der Breitband Main-Kinzig GmbH mit M-net ist der Main-Kinzig-Kreis nach heutigen Maßstäben sehr gut mit Breitband-Internet versorgt. Im Zuge einer nachhaltigen Vorsorgepolitik ist es aber auch wichtig, die Infrastruktur für den Bedarf der Zukunft vorzubereiten und rechtzeitig die technischen Weichen zu stellen, um das Bürgernetz weiter voranzubringen. Deshalb begrüßen wir die Initiative von M-net, im Rahmen des Pilotprojekts neue Übertragungsreserven auszustesten“, so Winfried Ottmann, Kreisbeigeordneter und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Breitband Main-Kinzig GmbH.

## Zukunftsfaktor schnelles Internet

„Schnelles Internet wird für Kommunen immer mehr zum Zukunftsfaktor als Wirtschaftsstandort wie auch als Lebensraum“, ergänzt der Bürgermeister der Gemeinde Rodenbach, Klaus Schejna. „Wir freuen uns deshalb sehr, dass Rodenbach als eine der drei ersten Gemeinden



Klaus Schejna, Bürgermeister der Gemeinde Rodenbach, Richard Zebisch, Niederlassungsleiter von M-net, Sibylle Hergert, Geschäftsführerin der Breitband Main-Kinzig GmbH, Winfried Ottmann, Kreisbeigeordneter, und Uwe Gütl vom M-net Vertriebspartner Eltrotec (v. l.) beim symbolischen Knopfdruck vor dem Rathaus Rodenbach.

für das Pilotprojekt ausgewählt wurde. Die Verdoppelung der zur Verfügung stehenden Band-

breiten für unsere Bürger ist ein wichtiger Schritt für die weitere Zukunftsfähigkeit der Region.“

machte er anhand eines Praxisberichts aus dem eigenen Hause deutlich. Es bestehe Verwirrung bei Kommunen, Netzbetreibern und Bauunternehmen, wie das Verfahren genau aussieht, da unterschiedliche Technologien angewandt werden, so Stadelmeier. Seine Empfehlung an Vertreter des Bundes, der Länder und Kommunen: „Wir müssen das Wissensdokument ‚H-Trenching‘ zu einem Normentwurf entwickeln, das die Einhaltung der Qualitätsstufen vorgibt.“

## Trenching im Tiefbau

Die im Anschluss geführte Podiumsdiskussion drehte sich um die Frage, ob das Trenching eher als alternative Verlegetechnik der Zukunft oder als potentielle Fehlerquelle im Netzausbau zu bewerten sei. Ein Grundkonsens bestand darin, dass der Einsatz vom Einzelfall abhängt. Ein Vorschlag lautete, Trenching für Strecken zu nutzen und mit konventionellem Tiefbau zu kombinieren. Von vielen Seiten wurde gefordert, wie bereits von Fabian Stadelmeier zuvor in seinem Vortrag, für das Trenching einen klaren Qualitätsstandard festzulegen, der zur Norm werden sollte.

Um den Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und die Auswirkungen aktueller Gesetzgebungsvorhaben auf nationaler und supranationaler Ebene, ging es in dem Vortrag von Matias Krempel. Der stellvertretende Leiter des Arbeitskreises „Audits und Standards“ machte die Zu-

hörer auf die Bedrohungsszenarien aufmerksam, die durch unsere Abhängigkeit von Telekommunikation und Strom in unserer digitalen Welt bestehen. „Wenn wir von Schutz reden, reden wir über unsere bedrohten Assets, um diese zu schützen“, stellte Krempel klar. Die EU sei gerade in der Endphase eines neuen Gesetzes, dem „Cybersecurity Act“, das die „Essential Services“ zum Gegenstand habe und in Deutschland im Rahmen des IT-Sicherheitsgesetzes umgesetzt wird. Damit werde der Fokus auf Sicherheit in der Lieferkette erweitert, auf Produkte, Services und Prozesse. Seine Empfehlung: „Wir sollten Schicksalsgemeinschaften von Herstellern und KRITIS-Dienstleistern organisieren, um die Standards mitzugestalten und in die bestehenden Prozesse zu integrieren.“

Welche Produkte ein Hersteller zum Schutz kritischer Infrastruktur entwickelt, war Gegenstand des Referats von Curt Badstieber, bei Langmatz für das Technical Business Development zuständig. „Bereits seit Ende der 90er Jahre erleben wir im Rahmen von Vandalismus und Terrorismus Angriffe auf die Glasfaser“, stellte er einleitend fest. Die Antwort von Langmatz auf Bedrohungen der Infrastruktur lautet: Erschwerter Angriff mit einfachen Maßnahmen. Dazu gehören Entwicklungen wie eine mechanische Schachtdeckelsicherung mit einem verschraubten Deckel und kodierten Schraubenköpfen. Wichtig sei dabei, Schachtdeckel oder Außenschran-

ke nie mit Logos zu versehen, um niemand durch diese Signale anzulocken. Es gelte, wirksame Hindernisse für potentielle Angreifer aufzubauen, so Badstieber. Bei der Mechanischen Zugangssicherung 2.0 etwa, wird in den Kabelschacht ein Deckel mit Schwenkhebelschloss eingebaut, der verhindert, dass ein Täter mit einfachen Werkzeugen das verschlossene und verriegelte Bauteil aufbrechen kann. Unterflurlösungen, so ein anderes Beispiel, dienen dem „Verstecken der Infrastruktur.“ Kaum einer würde realisieren, dass etwa eine Mobilfunkstation unter der Erde liegt. Für den Schutz der Glasfaser hat Langmatz überdies optische Überwachungssysteme im Portfolio. Diese machen eine lückenlose Überwachung von aktiven Fasern und unbeschalteten Kabeln möglich und erkennen einen unbefugten Zugriff auf Schächte oder Außenschranke – dazu gewährleisten sie absolute Abhörsicherheit.

## Digitale Agenda: Anspruch und deutsche Wirklichkeit

Dass der Anspruch der digitalen Agenda und die Wirklichkeit hierzulande weit auseinanderklaffen, schilderte Jürgen Vogler, Geschäftsführer der procilon IT-Solutions GmbH, in einem amüsanten Vortrag zum Abschluss des Veranstaltungstages. Vogler sieht in der Digitalisierung keinen Selbstzweck: „Wir müssen das intelligent tun.“ Er wünsche sich eine Digitalisierung mit Verstand – und möglichst sicher – so sein Credo.

**M** ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

M-net Mein Netz



Unter dem Motto „Teil des Kreislaufs“ wirbt die Initiative für den Beruf des Kraftfahrers in der Entsorgungsbranche. Bild: vbs

## Arbeitgeberkampagne für neue Müllfahrer

Zusammen mit acht Mitgliedsbetrieben hat der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen eine Kampagne gestartet, um für den Beruf des Kraftfahrers in der Entsorgungsbranche zu werben. Denn die offenen Stellen sind immer schwerer zu besetzen. Bei der Auftaktveranstaltung stellten die Betriebe zusammen mit dem Verband die Website und Flyer, sowie den Imagefilm und weitere geplante Maßnahmen vor, die auf die Vorteile der Beschäftigung in der Entsorgung hinweisen.

Unter dem Motto „Teil des Kreislaufs“ macht die Initiative darauf aufmerksam, dass es längst nicht mehr nur darum geht, Müll abzuholen und auf der Deponie abzuladen. Kreislaufpiloten liefern hochwertige Rohstoffe an die Industrie und führen sie somit dem Recycling-Kreislauf zu. Weil diese Fachkräfte dringend gesucht werden, sensibilisieren der VBS und die beteiligten Unternehmen – Ehgartner Entsorgung, Friedrich Hofmann Betriebsgesellschaft, Rudolf Ernst Städtereinigung, Knittel Städtereinigung, Veolia Umweltservice, HEINZ Entsorgung, REMONDIS, Wittmann Entsorgungswirtschaft – für die vielen Vorteile, die der Beruf mit sich bringt.

„Wir stellen in Gesprächen mit Bewerbern immer wieder fest, dass es vor allem die attraktiven, festen Gehälter und die geregelte Arbeitszeiten sind, mit denen die privaten Entsorger punkten“, sagte VBS-Präsident Otto Heinz. „Wer einen Lkw-Führerschein hat, aber trotzdem den Feierabend mit Familie und Freunden verbringen will, ist als Kreislaufpilot bestens aufgehoben.“ Doch auch für Umsteiger bietet das Projekt Kreislaufpiloten Optionen: Einige Unternehmen haben betriebsinterne Fahrschulen gegründet und unterstützen Mitarbeiter bei der Fortbildung.

„Fakt ist: Die Entsorgungswirtschaft ist auf Umsteiger angewie-

sen. Und dieser Bedarf lässt sich nicht ausschließlich mit deutschen Arbeitnehmern decken. Unserer Branche ist auch auf die Integration ausländischer Fachkräfte angewiesen“, betont Heinz. Unter [www.kreislaufwirtschaft.bayern](http://www.kreislaufwirtschaft.bayern) stellen die Initiatoren den Beruf des Kreislaufpiloten und die Vorteile der Beschäftigung in der privaten Entsorgung vor. In Bayern ist die Entsorgungswirtschaft mittelständisch geprägt – entsprechend handelt es sich auch bei den teilnehmenden Betrieben überwiegend um traditionsreiche, etablierte Familienunternehmen, die Fahrer suchen, mit denen sie partnerschaftlich zusammenarbeiten können.

Interessenten, die sich für den Beruf begeistern können, haben die Möglichkeit, online Interviews mit Mitarbeitern anzusehen, zusätzliche Informationen herunterzuladen und direkt mit den privaten Entsorgern Kontakt aufzunehmen. □

### 20. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

## Wege zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft

Rund 400 Teilnehmer verzeichneten die diesjährigen Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg, veranstaltet vom KUMAS Umwelt Netzwerk in Kooperation mit AU Consult GmbH, Bayerisches Landesamt für Umwelt und bifa Umweltinstitut GmbH. Neben dem Update zu abfallrechtlichen und deponietechnischen Fragestellungen diente die Veranstaltung auch dem Austausch zwischen Anlagenbetreibern, entsorgungspflichtigen Körperschaften, Genehmigungsbehörden, Fachbüros und Fachanwälten. Begleitet wurde der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung, in der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den Teilnehmern präsentierten.

„Kreislaufwirtschaft“ darf nach Auffassung von Dr. Andreas Jaron vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern muss in einen größeren, globalen Kontext gestellt werden. Die Produktion von Verbrauchsgütern, Optimierung des Ressourceneinsatzes, der umweltverträgliche Rohstoffabbau und die Verwirklichung einer echten Kreislaufwirtschaft durch die Gewinnung hochwertiger Sekundärrohstoffe und deren Einsatz als echtes Substitut für frische Rohstoffe seien essenzielle Bestandteile.

### Verwertungsquoten

Bis zur Verwirklichung ist es aus Jarons Sicht noch ein weiter Weg und die Neuberechnung der Verwertungsquoten, bei der künftig nicht mehr nur die erfassten Wertstoffmengen erheblich sind, machen deutlich, dass erhebliche Potenziale noch nicht gehoben sind. Bei Glas, Papier, Metallschrott und Bioabfällen könnten Recyclingquoten von nahezu 100 Prozent erreicht werden. Sorgenkinder hinsichtlich der Quoten seien dagegen Leichtverpackungen (nur rund 20 Prozent), aber auch Sperrmüll (rund 15 Prozent). Aufgrund der inhomogenen Zusammensetzung dieser Wertstoffklassen seien aber bedeutsame Steigerungen bei ökologisch und ökonomisch vertretbarem Aufwand wohl kaum erreichbar.

Wie Abfallexperte Siegfried Kreibe vom bifa Umweltinstitut hervorhob, machten berechtigte wirtschaftliche Einzelinteressen in den einzelnen Stufen der Wertschöpfungskette eines Produktes und die mangelnde Abstimmung zwischen den Handelnden es nahezu unmöglich, das globale Ziel „Reduzierung des Ressourceneinsatzes und bestmöglicher Umweltschutz“ mit vorzeigbaren Erfolgsquoten zu erreichen. Ob eine weitgehende CO<sub>2</sub>-Besteuerung hier die Lösung bringen kann, hänge davon ab, ob die Einführung einer solchen nicht nur auf einzelne Wirtschaftsregionen beschränkt bliebe, da sonst die internationale Wettbewerbsfähigkeit unter Umständen nicht mehr gegeben wäre.

### Neuordnung AbfKlärVNOV

Im Jahr 2017 wurde die Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung (AbfKlärVNOV) verabschiedet. Klärschlamm soll als Wertstoff behandelt und nicht als Abfall entsorgt werden. Phosphor und regenerativer Energiegewinnung stehen im Mittelpunkt der Überlegungen. Nach den Worten von Burkard Hagspiel, Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg, ist die Neuordnung von epochaler Bedeutung.

Von der aufkommenden Diskussion des Phosphorproblems bis zu den gesetzlichen Konsequenzen vergingen deshalb fast zwei Jahrzehnte. Nach einem weiteren Jahrzehnt soll nun bis 2032 die Entsorgung des Klärschlammes in der Landwirtschaft bis auf Bagatellmengen beendet und hochwertiger Phosphor zurückgewonnen werden. In Deutschland ungewohnt, erwartet der Gesetzgeber,

dass sich die Strategie und Technologie zum Vollzug der Verordnung im Wettbewerb erst noch entwickeln. Hagspiel zufolge wurden die Leitplanken dieser Entwicklung dafür scheinbar weit gefasst. Dennoch gestalteten sich die Bedingungen und die fachliche Umsetzung der Ziele am Beispiel Nürnberg komplizierter als erwartet.

Wie Hagspiel ausführte, sei es wichtig, dass zur Förderung von Großprojekten künftig gleiche Wettbewerbsbedingungen mit summarisch gleichen Mindestrecyclingquoten für die Entwickler und Betreiber von Anlagen bestehen. Die AbfKlärVNOV bedürfe zwischen 2021 und 2022 eines Relaunchs zur Berücksichtigung der Ergebnisse aus den aktuellen technischen und organisatorischen Entwicklungen. Zudem sollten die energetische Integration und die Mehrproduktion an regenerativem Strom unter angemessenen, rechtlichen Bedingungen (z. B. EEG) höher bewertet werden. Nicht zuletzt sei die bundesweite Harmonisierung der Gebührenpflicht der Abfallverwertung aus Abwasser zielführend.

### Umfrageergebnisse

Dr. Dieter Tronecker vom bifa Umweltinstitut, Augsburg, informierte darüber, dass Ende 2018 im Auftrag des Bayerischen Landesamtes für Umwelt eine Umfrage bei den Marktakteuren (Kläranlagen, Beauftragte Dritte und Entsorgungsunternehmen) durchgeführt wurde. Neben dem Punkt Entsorgungskosten sei dabei auch die derzeitige Entsorgungssituation zur Sprache gekommen. Dabei sieht fast die Hälfte der Befragten den Markt als kritisch an, da aus ihrer Sicht gravierende Entsorgungspässe bestehen. Der Trend gehe verstärkt zur thermischen Klärschlammbehandlung, die Entsorgungspreise stiegen.

Handlungsbedarf besteht aus Sicht der Befragten bei der Schaffung neuer thermischer Behandlungsanlagen in Bayern, um den bundesweiten Klärschlammtourismus und die Transportaufwendungen zu verhindern. Darüber hinaus müssten Zwischenlager bereitgestellt werden, um Entsorgungspässe zu überbrücken. Erforderlich sei der Bau von Monoverbrennungsanlagen mit Phosphor-Rückgewinnung in interkommunaler Kooperation.

Auf größeren Kläranlagen sollten zudem Trocknungsanlagen installiert werden (Vorbehandlung vor Verbrennung). Anzustreben seien Entsorgungssicherheit und akzeptable Abwassergebühren sowie die Optimierung der chemisch-technischen P-Rückgewinnung bis zur Praxisreife. Auch sollte die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung praktikabler gestaltet werden und als weiterer Entsorgungsweg Bestand haben.

Infolge der guten konjunkturellen Entwicklung und einer damit einhergehenden regen Bautätigkeit fallen große Mengen Bau- und Abbruchabfälle an. Aktuelle Zahlen zeigen, dass in Bayern im Jahr 2016 insgesamt rund 50 Mio. Tonnen Bauabfälle angefallen sind, davon allein rund 32 Mio. Tonnen Bodenaushub und Steine. Der überwiegende Teil dieser

Abfälle wird am freien Markt verwertet. Die Nachfrage nach Entsorgungskapazitäten sowohl im Verwertungsbereich als auch im Beseitigungsbereich ist hoch.

„Sowohl bundesweit als auch in Bayern ist die Entsorgungssituation für Bau- und Abbruchabfälle angespannt“, betonte Dirk Hensel-Schikora vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Daher seien vom Abfallerzeuger bis zum Entsorger alle Beteiligten am Entsorgungsmarkt gefordert, Entsorgungsmöglichkeiten für diese Abfälle zu schaffen. Deponien stellen hierbei ein unverzichtbares Kernelement einer leistungsfähigen Abfallwirtschaft dar.

### Deponiebedarfsprognose

Eine wichtige Planungsgrundlage für die Entwicklung der bayerischen Deponieinfrastruktur stelle die vom LfU beauftragte Fortschreibung der Deponiebedarfsprognose dar. Sie sei Teil eines Sechs-Punkte-Maßnahmenplans der Bayerischen Staatsregierung. Dieser habe zum Ziel, eine Entspannung des freien Entsorgungsmarktes für Bodenaushub und Bauschutt zu erreichen. „Es wird jedoch auch ganz entscheidend darauf ankommen, dass am freien Entsorgungsmarkt selbst tragfähige Entsorgungslösungen entwickelt werden“, so Hensel-Schikora.

Von vielen mit Spannung erwartet wurde die Fortschreibung der Deponiebedarfsprognose aus dem Jahr 2015. Dr. Gabriele Becker vom Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management (INFA) und Andreas Schweizer (LfU) stellten die wesentlichen Ergebnisse vor. Grundsätzlich besteht mittelfristig Bedarf entweder am Ausbau bereits genehmigter Deponiekapazitäten oder in der Schaffung neuen Deponieraums.

Wesentlicher Einflussfaktor ist dabei die sog. Mantelverordnung, die die Verwertung und Verfügbarkeit von Ersatzbaustoffen bzw. Bauabfällen regeln soll. Soweit nach Inkrafttreten der Verordnung keine länderübergreifende Entsorgung und keine Verfüllung in aufgelassenen Gruben mehr möglich seien, würden die aktuellen Kapazitäten für DK 0-Deponien nur noch für rund drei Jahre ausreichen. Dringender Handlungsbedarf ist in diesem Fall dann gegeben.

### Steiniger Weg

„Der Weg zu neuem Deponieraum ist zwar steiniger geworden, unpassierbar ist er aber nicht“, unterstrich Rechtsanwalt Josef Geislinger, Seufert Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, München. Tatsache sei: „Der jedenfalls in Bayern insbesondere für mineralische Abfälle bestehende Bedarf an Deponiekapazitäten zwingt uns auf den Weg zu neuem Deponieraum. Jedes ‚Negativprojekt‘ trifft auf mehr oder minder ausgeprägte Widerstände.“

Das Zulassungsverfahren für Deponien sei komplex, aber rechtlich determiniert, stellte der Anwalt fest. Daher seien die Verfahren nicht schon deswegen undurchführbar, weil Gegenwind erzeugt wird. Ein kompetentes Planungsteam auf der Seite des Vorhabenträgers mit naturwissenschaftlichem und technischem Sachverstand, „erprobt“ in Planfeststellungsverfahren, schaffe zusammen mit rechtlicher Expertise die besten Voraussetzungen, auch steinige Wege zu bewältigen. „Also nur Mut, denn ‚am Mute hängt der Erfolg‘“, so Geislinger abschließend. **DK**

TV BAYERN  
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:  
[www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)



Unimog Winter-Tour 2019 erfolgreich beendet: Mehr als 1.650 Besucher und Kunden aus Kommunen, Bauhöfen, Straßenmeistereien und Dienstleistungsbetrieben aus Südwestdeutschland erlebten den Mercedes-Benz Unimog mit seinen diversen Anbaugeräten. In Bopfinger (Ostalbkreis), Wigratzbad (Landkreis Lindau), Schluchsee im Hochschwarzwald und Aspach bei Waiblingen zeigten knapp 30 Universal-Motorgeräte (Unimog) bei unterschiedlichsten Witterungsverhältnissen – inklusive Schneetreiben in Bopfinger – ihr Können. □

Fachtagung Urban Gardening in Veitshöchheim:

## Stadt grün erleben, Genuss ernten

Passend zum Frühlingsanfang setzte die Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) mit der Fachtagung „Urban Gardening – Stadt grün erleben, Genuss ernten“ in Veitshöchheim grüne Akzente zum Anfassen und Staunen. Die Veranstaltung wartete mit einem breiten Angebot an Beispielen und Lösungswegen auf, die den Stadtverwaltungen neue Anregungen geben.

Rund 100 Hektar Natur verschwinden allein in Deutschland für den Straßen- und Wohnungsbau unter Stein und Beton – und das nur an einem Tag. Urban Gardening sorgt für grüne Farbleckse in Stadt und dichten Siedlungsbereichen und erfreut nicht nur das Auge. Die Grünflächen wirken vielmehr als natürliche Klimaanlage und dämpfen die Sommerhitze ab, bieten Lebensraum für Schmetterlinge, Bienen & Co. und liefern gleichzeitig wertvolle Lebensmittel. So vielfältig wie der Nutzen ist auch die Herangehensweise und Umsetzung: In bildgewaltigen Vorträgen entführten Referenten in die visionären Möglichkeiten des Urban Gardening in den schnell wachsenden Städten Südost-Asiens und zeigten, wie der grüne Gedanke in Paris gelebt, erlebt und genossen wird.

### Das grüne Umfeld aktiv gestalten

Einfach selbst zum Gärtner werden, das ist der Grundgedanke von Urban Gardening. Die Bürger möchten nicht mehr nur die Kreativität im eigenen Garten ausleben, sondern vielmehr bei der Gestaltung ihres grünen Umfeldes aktiv beteiligt werden. Von der beispielgebenden Begrünung der Stadt Andernach berichtete Dr. Lutz Kosack (Stadtplanungsamt Andernach). Ausgesuchte öffentliche Grünanlagen wurden zu Gemüsegärten umgewandelt und den Bürgern das „Mit-Garteln“ wie auch das Ernten von frischem Gemüse und Salat erlaubt. Dabei geht es laut Kosack darum, die Stadt nicht nur als Lebens-Mittelpunkt, sondern auch als Lebens-Mittel erlebbar zu machen. Die städtische Bevöl-

kerung soll dabei noch stärker für das öffentliche Grün sensibilisiert und auch aktiv in Nutzung und Pflege eingebunden werden. Dabei eroberten nicht nur Obst und Gemüse innerstädtische Flächen zurück; auch Hühner und Schafe lebten in der „Essbaren Stadt“. Daneben stehe auch die Biodiversität im Fokus. Auf Rasenflächen würden dafür beispielsweise vermehrt Blühinseln eingerichtet.

### Gemüseanbau auf Dach und Fassaden

Florian Demling, Institut für Stadtgrün und Landschaftsbau, informierte über Forschungsprojekte zum Gemüseanbau auf Dach und Fassaden. Auf dem Dach wächst Gemüse mit wenigen technischen Vorgaben recht problemlos, während beim Anbau an der Fassade ein größerer Technikeinsatz notwendig ist und Fragen einer reibungslosen Bewässerung noch zu klären sind.

Gundula Holm (Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Erlangen, AELF) betreut seit 2017 den in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Gartenakademie angelegten Demonstrationsgarten am AELF Erlangen. Neben eher klassischen Anwendungsbereichen wie Hochbeet und Kistengarten werden dort auch innovative Ansätze wie Pflanztürme, Deep-Water-System und vertikale Anbautechniken präsentiert. Aufgrund des großen Zuspruches der Bevölkerung soll der Demonstrationsgarten das Vorbild für weitere urbane Demoflächen in jedem bayerischen Regierungsbezirk werden. Für 2019 ist geplant, die nächsten zwei Demonstrationsgärten entstehen zu lassen; weitere folgen in 2020 und 2021.

demopark 2019 in Eisenach:

### „Kommunaltechnik unter Strom“

Immer mehr Kommunen und Dienstleister setzen bei Maschinen und Geräten auf den Elektroantrieb als leise, günstige und emissionsarme Alternative zum Verbrennungsmotor. Aktuelle Modelle aller namhafter Hersteller gibt es vom 23. bis 25. Juni auch auf der demopark 2019 in Eisenach zu sehen – Europas größter Freilandausstellung für die Flächenpflege und andere kommunale Dienstleistungen. Auf dem 25 Hektar großen Gelände können Interessenten die Modelle hautnah begutachten und selbst testen.

„Strom als Antrieb wird immer beliebter – auch in den Kommunen. Die einsetzende Massenproduktion macht Batterien kleiner, leistungstärker und günstiger“, sagt Messedirektor Dr. Bernd Scherer. Bei jeder Verdopplung der weltweiten Produktionsmenge sinken die Preise um sechs bis neun Prozent, zeige die bisherige Lernkurve. Auch in der Land- und Kommunaltechnik gibt es daher immer mehr Einsatzszenarien für den elektrischen Antrieb. □

BayWa zeigt Kommunaltechnik fürs ganze Jahr:

## Von der Schneefräse bis zum Mäher

Schon Tradition geworden sind die alle zwei Jahre stattfindenden „Winterdienst-Vorfahrtage“ der BayWa – die aber schon länger nicht mehr nur Maschinen für den Winter, sondern für jede Saison präsentieren.

Die insgesamt fünf Veranstaltungen in Oberwiesenthal, Bischofsheim, Straubing, Kirchheim und Spitzingsee richten sich insbesondere an Städte und Gemeinden, Autobahnmeistereien und Wasserwirtschaftsämter sowie an Lohnunternehmen und Standortbetreiber mit grünen, grauen und weißen Flächen. Etwa 2.500 Besucher wurden insgesamt erwartet, wobei sich allein zum Finale am Spitzingsee über 1.000 Gäste angemeldet haben. Zu sehen und zu erleben gab es knapp 100 Maschinen und Geräte fürs Streuen und Räumen, Kehren und Säugen, Mähen und Mulchen. Neben einer kurzen Vorstellung jeder Maschinenkombination lag der Schwerpunkt der Veranstaltung auf dem persönlichen Ausprobieren und „Erfahren“ sowie der individuellen Beratung.

### Steigende Nachfrage nach alternativen Antrieben

Mark Küpper, Leiter Kommunal/Gewerbe/Forst bei der BayWa AG, führte durch die Veranstaltung und griff dabei aktuelle Trends wie die zunehmende Nachfrage der Kommunen und des Gewerbes nach alternativen Antrieben auf. „Vor allem dort, wo überwiegend Kurzstreckenprofile bis maximal 200 Kilometer zu fahren sind, kann ein Elektronutzfahrzeug eine sinnvolle Alternative sein, gerade auch angesichts der Debatte um CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Luftreinheit in Gemeinden und Städten.“ Um dieser Entwicklung Rech-

Ulrich Schäfer, Ehrenpräsident des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern, berichtete von Garten- und Landschaftsbau-Unternehmen, die verschiedene Urban Gardening-Aktionen unterstützt haben. So entstand für zwei Tage der „Boulevard Babel“ in der Nürnberger Innenstadt. Dabei wurde auf über einen Kilometer Länge Rollrasen ausgelegt, der nach der Aktion von Anwohnern für Garten und Balkon genutzt wurde. Auch wurde ein Klimahain mit 56 Bäumen in der Nürnberger Innenstadt angelegt.

### „Unser Garten Bruck“

Einer der erfolgreichsten Gemeinschaftsgärten ist „Unser Garten Bruck“. Ursula Kern (Stadt Erlangen) schilderte die ersten Ideen und schwierigen Anfänge bis zum heutigen, blühenden Paradies. Heute ist die weitläufige Gartenanlage im Stadtteil Bruck nicht mehr wegzudenken und vereint mehrere Gärten, die sich in Beete für einzelne Nutzer und in Gemeinschaftsflächen aufteilen. Dabei stehen nicht nur Anbau und Ernte im Mittelpunkt; ein gelebtes Miteinander und der ständige Austausch sorgen für eine starke Gemeinschaft, die weiter nach „Mitmachern“ sucht.

Mit „Gartenräulein“ führt die Würzburgerin Silvia Appel einen der erfolgreichsten Gartenblogs in Deutschland. Sie berichtete über die Anfänge der Stadtgärtner Würzburg, einer Initiative für das Gärtnern im Herzen der Stadt. Tätig waren die Stadtgärtner in einem reich gestalteten Bereich mitten auf dem Gelände der Landesgartenschau Würzburg 2018. Eine tragende Säule des Erfolges ist auch hier die öffentliche Darstellung über alle medialen Kanäle. DK

nung zu tragen, zeigte die BayWa auf den Winterdiensttagen erstmals den StreetScooter Work, ein elektrobetriebenes Transportnutzfahrzeug für den kommunalen und gewerblichen Bereich wie etwa dem Garten- und Landschaftsbau, dem Facility Management und dem Handwerk.

Möglich sind Aufbauvarianten wie zum Beispiel Pritschenaufbau, Kofferaufbau, Müllsammelaufbau, Streuer oder Kipper. „Bei der Entscheidung für ein E-Fahrzeug stellen sich die Kommunen auch immer die Frage nach der Ladeinfrastruktur“, merkte Küpper an. Hier bietet die BayWa entsprechende Pakete an: die Montage und Wartung einer passenden Ladesäule oder einer Wallbox, die Lieferung von Ökostrom und den Abrechnungsservice. Kunden können zudem ihre Flotte analysieren und sich zum Umstieg in die Elektromobilität beraten lassen.

### Orientierung an EU Stage 5

Weniger Emissionswerte versprechen auch die jüngsten dieselebetriebenen Yanmar Kompakttraktoren zwischen 21 und 59 PS. „Hier hat sich der Hersteller als einer der



Mark Küpper, Leiter Kommunal/Gewerbe/Forst bei der BayWa AG stellt den batteriebetriebenen StreetScooter Work vor. Die Ladeinfrastruktur kann ebenfalls über die BayWa beschafft werden. Bild: CH

Ersten im Markt an der neuen Abgasnorm EU Stage 5 orientiert, die ab 2020 für Neufahrzeuge bindend ist“, erläuterte Küpper.

Ganz weg vom Diesel geht der Hersteller Holder mit seinem X45i, der als Knicklenker-Multifunktionsfahrzeug in der 40-PS-Klasse über einen Benzinmotor verfügt und vielseitige Aufbauten ermöglicht. Neben diesen Fahrzeugen kombiniert mit Anbaugeräteprogrammen von Herstellern wie etwa Kugelmann, Hydrac, Dücker, Mulag, Wiedenmann und Heatweed waren auf den Veranstaltungen ebenfalls zu sehen: die Fendt-Traktoren der 200er bis 700er Baureihe; die komplette Produktpalette des Herstellers Max Holder; verschiedene Großlastwagen und Transporter von MAN; Zweischmäher und Geräteträger von Sauerburger; Holz-

hackmaschinen von Heizomat; Mähraupen von Hymach, Menke und Pfanzelt; Maschinen von Agria, Amazone Caterpillar, Etesia, Husqvarna.

Wer als Anwender von dieselebetriebenen Kleingeräten, Minibaggern, Aufsitzmähern & Co. Emissionen und Geruchsbildung gering halten will, kann auf Eco-Diesel der BayWa Marke TECTROL zurückgreifen. Dieser Kraftstoff auf Pflanzenbasis ist leicht biologisch abbaubar und für alle Dieselmotoren geeignet. Aufgrund der Temperaturbeständigkeit bis -30 °C ist TECTROL ECO DIESEL ganzjährig einsetzbar. Es reduziert zudem in erheblichem Maße die Schadstoffbelastung für Mensch und Natur. Das ganze Schmierstoff-Sortiment und seine Einsatzmöglichkeiten wurden bei den Veranstaltungen vorgestellt. □



## Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](http://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)



Der Unimog auf der bauma 2019

vom 08. bis 14. April 2019 | Halle B4, Stand 324/236/248

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

## Gemeinde Ismaning baut freies WLAN weiter aus

In Ismaning können sich Einwohner und Besucher inzwischen an 10 Standorten mit dem freien WLAN-Angebot der Gemeinde verbinden. Zu den Standorten zählen der Bahnhofsvorplatz ebenso wie der Bürgersaal, das Kulturzentrum Seidlmühle mit Bibliothek, Musikschule und Volkshochschule sowie der Sportpark. Alle Standorte sind einfach und direkt als Angebot der Gemeinde zu erkennen, da die Namen – die sogenannten SSIDs – immer „Ismaning“ enthalten.

„Wir bieten unseren Bürgern schon seit 2016 das kostenfreie Surfen an und die Nutzungszahlen bestätigen uns, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Darum bauen wir auch sukzessive das Netz weiter aus.“, erklärt Dr. Alexander Greulich, Erster Bürger-

meister der Gemeinde Ismaning. „Gemeinsam mit der Hotspots GmbH realisieren wir die Hotspots für unsere Einwohner. Wir freuen uns, dass wir mit der Hotspots GmbH einen zuverlässigen Partner und eine Anlaufstelle rund um alle Fragen gefunden haben.“



Die Verantwortlichen des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Bamberg-Forchheim, die Landräte Johann Kalb und Dr. Hermann Ulm sowie Oberbürgermeister Andreas Starke stellen mit den Verantwortlichen der ILS das Warnsystem vor.

Bild: LRA Bamberg

## NINA warnt bei regionalen Gefahrensituationen

**Bamberg/Forchheim - Nach dem Sturm ist vor dem Sturm. Auch die jüngsten Schadensereignisse zeigen, wie wichtig es für die Abwehr von Schäden an Leib und Leben sowie Hab und Gut ist, dass die Bevölkerung frühzeitig, gezielt und umfassend informiert wird. Ab sofort steht ein weiteres wichtiges Werkzeug auch für regionale Gefahrenmeldungen zur Verfügung.**

Das Modulare Warnsystem des Bundes (MoWaS) war bisher bundesweit (zum Beispiel vom Wetterdienst) mit Warnmeldungen gespeist worden. Ausgespielt werden die Informationen zum Beispiel über die Warn-App des Bundes, NINA. Nun kann dieses System auch von Landkreisen und Gemeinden für Warnungen vor regionalen Gefahren genutzt werden. Darüber informierten die Vorsitzenden des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Bamberg-Forchheim, Oberbürgermeister Andreas Starke und die Landräte Hans Kalb und Hermann Ulm bei einer Pressekonferenz in Bamberg.

Oberbürgermeister Andreas Starke: „Es ist Pflicht der Kreisverwaltungsbehörden die Bevölkerung bei Großschadenslagen, Unwettern und Katastrophen bestmöglich und rasch zu informieren. NINA kann dazu beitragen, dass wir die Bevölkerung noch schneller und umfassender mit Informationen versorgen können. Darum werbe ich dafür, dass möglichst viele Menschen die WarnApp NINA oder andere Warn Apps auf ihr Smartphone laden.“

### Schäden von Leib und Leben abwenden

„Je mehr Menschen eine Gefahrensituation kennen, desto besser lassen sich Schäden von Leib und Leben, Hab und Gut unserer Bürgerinnen und Bürger fern halten“, warb Landrat Johann Kalb für die Nutzung der Warn-App, die sehr gezielt bis auf einzelne Postleitzahlenebenen ausgespielt werden kann. „Gleichzeitig ist das wahrscheinlich die einzige App, der wir wünschen, dass sie möglichst selten zum Einsatz kommt.“

„Wir haben das System bei uns im Landkreis Forchheim bei der letzten Katastrophenschutz-

übung erfolgreich getestet. Die Rückmeldungen der Mitarbeiter und Betroffenen waren sehr positiv“, berichtet Landrat Dr. Hermann Ulm.

Christine Feldbauer, Geschäftsführerin des ZRF: „Der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Bamberg-Forchheim (ZRF) begrüßt es, dass nun alle Mitglieder diese moderne Technologie nutzen können, um die Bevölkerung schnell auf mögliche Gefahren hinzuweisen und ihr Verhaltenstipps an die Hand zu geben. Menschen, die umfassend informiert werden, können umsichtig handeln und andere unterstützen. Zudem bleiben so wichtige Kommunikationswege für Rettungsdienst und Feuerwehr, wie zum Beispiel die Leitungen der Leitstelle, frei.“

### Drei-Stufen-Warnsystem

Beispiel: Nehmen wir einen Unfall eines Gefahrguttransportes auf der A 73 bei Hirschaid. Sofern sich hieraus eine Gefahr für die Bevölkerung des Marktes Hirschaid und der Fahrzeuglenker auf der A 73 ergibt, kann z.B. der Katastrophenschutz des Landkreises für den Postleitzahlenbereich 96114 eine Warnung vor zum Beispiel giftigen Dämpfen ausspielen. Diejenigen, die in der App dieses Gebiet eingestellt haben und alle, die sich mit ihrem Smartphone in diesem Bereich aufhalten (Standortlokalisierung eingeschaltet), werden eine entsprechende Warnung mit Verhaltenshinweisen erhalten.

Das Warnsystem ist in der Lage, Meldungen in drei Stufen auszuspielen. Bei höchster Priorität hat die Warn-App unabhängig von den Einstellungen des Nutzers Weckfunktion. Meldungen mit niedriger Priorität werden behandelt wie sonstige Nachrichten.

Der Login zu den von Ismaning angebotenen Hotspots erfolgt überall durch einfache Bestätigung der Nutzungsbedingungen. Zusätzlich ist in Ismaning über alle Standorte hinweg ein Roaming aktiviert, so dass sich Nutzer nicht an jedem Hotspot neu mit dem WLAN verbinden müssen. Ein Jugendschutzfilter ist aktiv.

### Hotspots als erster Ansprechpartner

„Wir haben uns nicht nur mit der Frage des Jugendschutzes bei der Auswahl des Anbieters beschäftigt“, erläutert Bürgermeister Dr. Greulich weiter, „Die aktuelle Rechtslage hat sich in den Jahren, in denen wir den Zugang inzwischen anbieten, immer wieder geändert. Dabei ist der Wegfall der sogenannten „Störerhaftung“ aus dem letzten Jahr nur ein kleiner Teil. Mit allen neuen oder angepassten Regelungen, aktuellen Rechtsprechungen oder den Anforderungen aus unterschiedlichsten Bereichen müssen wir uns aber dank Hotspots nicht immer wieder auseinandersetzen. Der Anbieter ist erster Ansprechpartner für die Behörden und garantiert der Gemeinde die Rechtssicherheit.“

„Fragen rund um Rechtssicherheit oder Verbraucherschutz erreichen uns immer wieder“, ergänzt Karsten Micke, Head of International Sales bei der Hotspots GmbH. „Dabei steht aktuell meist die DSGVO im Vordergrund. Für die Kunden und Nutzer ist es nicht immer klar, welche Daten bei der Nutzung anfallen, verarbeitet werden und teilweise in

den gesetzlichen Fristen gespeichert werden müssen. Sobald Hotspots Betreiber des WLANs ist, sind Standortinhaber wie die Gemeinde Ismaning entlastet, da wir Ansprechpartner für Endnutzer und auch Behörden sind.“

„Es überrascht heutzutage nicht, dass freie WLAN-Zugänge gerade auf kommunaler Ebene sehr gefragt sind.“, erläutert Karsten Micke weiter. „Nicht nur Einwohner freuen sich über das Angebot, auch Touristen oder Besucher vor Ort nutzen gerne ein freies WLAN. Die Kommunen können ihre Zugänge so für aktives Stadtmarketing nutzen.“

Wie auch in Ismaning vermitteln die Gemeinden über die Anzeige des WLAN-Namens oder die Darstellung des Stadtwappens oder Logos auf den Login-Seiten allen Nutzern die Zugehörigkeit zur jeweiligen Gemeinde. Auch aktuelle Veranstaltungen oder besondere Angebote können direkt auf der Login-Seite eingestellt werden. Des Weiteren können die mobilen Endgeräte der Nutzer nach erfolgreichem Verbindung mit dem Internet direkt auf die Online-Präsenz der Gemeinde weitergeleitet werden. So sind die Angebote der Kommune dann auch einfach zu erreichen und bei den Besuchern automatisch im Fokus.

Karsten Micke meint hierzu: „Mit den Hotspots erreichen die Kommunen außerdem ganz unterschiedliche Zielgruppen. So werden in Ismaning beispielsweise Pendler am Bahnhofsvorplatz erreicht, das jüngere Publikum im Sportpark besonders angesprochen und für Politik- oder Kulturinteressierte wird ein Angebot im Bürgerhaus oder im Kulturzentrum angeboten. Die Gemeinde ist so für alle Alters- und Interessensgruppen präsent.“

## Temporäres Innovationshub als Prototyp eröffnet

**Landkreise Miesbach und Bad Tölz-Wolfratshausen schließen strategische Partnerschaft zur Innovationsförderung**

**Innovationshubs und Kreativzentren gibt es vor allem in großen Städten. Doch gerade die ländlichen Regionen könnten besonders von Innovationsräumen profitieren. Im wirtschaftsstarken Oberland wagen zwei Landkreise das Experiment.**

Die Initiative Servus ZUKUNFT der Standortmarketing-Gesellschaft Landkreis Miesbach mbH und des WirtschaftsForum Oberland e.V. erschuf kürzlich ein temporäres Innovationshub in den Fabrikhallen von Gmund Papier. Besucher konnten an über 50 Workshops, Vorträgen und Seminaren zu Themen wie zukunftsgerichtete Unternehmensführung, Generationen- und Teamarbeit, Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Design Thinking teilnehmen. Mehr als 320 Mitarbeiter regionaler Unternehmen, Querdenker, kreative Köpfe und Macher ließen sich das nicht entgehen. Gedacht war das Event als Testprojekt für ein permanentes Innovationshub in der Region.

## Nationaler Geopark Ries jetzt auf der Naturparke-Website

**Seit 2018 kooperiert der Verband Deutscher Naturparke (VDN) mit anerkannten Nationalen Geoparks und stellt diese jetzt auf seiner Website [www.naturparke.de](http://www.naturparke.de) vor. Als Nationaler Geopark werden Regionen ausgezeichnet, welche aufgrund ihrer geowissenschaftlichen Bedeutung, Seltenheit oder Schönheit charakteristisch für eine Landschaft sind und für ihre Entstehungsgeschichte stehen. So auch der Nationale Geopark Ries mit seinem einzigartigen Meteoritenkrater.**

Naturparke und Geoparks haben in ihren Aufgaben und in ihrer Struktur viele Gemeinsamkeiten. Diese bilden die Grundlage für die Kooperation, in der jetzt eine Zusammenarbeit unter dem Dach des VDN erprobt wird. Ziel ist, zur Bündelung der Kräfte im ländlichen Räumen beizutragen. Dabei sollen die unterschiedlichen Profile der Naturparke und der Geoparks erhalten bleiben.

Ähnliche Ziele werden in den Bereichen Bildung, Erholung und nachhaltiger Tourismus sowie nachhaltige Regionalentwicklung verfolgt. Die Geoparks konzentrieren sich dabei etwas stärker auf die Themen Geologie, Erd-

geschichte sowie den Erhalt von Geotopen, wohingegen bei den Naturparken die belebte Natur sowie deren Schutz im Zentrum stehen. Beide leisten einen wichtigen Beitrag in der Umweltbildung.

### Förderung des Geotourismus

Der Geopark Ries ist, neben fünf weiteren Geoparks, nun neuer Kooperationspartner des VDN. Infozentren und Infostellen, gut zugängliche Erlebnis-Geotope als „Fenster in die Erdgeschichte“, naturverträgliche Führungen mit den Geopark Ries Führern, eigene Geopark Ries Wanderwege und nicht zuletzt die Partner der Initiative



Im Kultur- und Bildungszentrum Seidl-Mühle gibt es kostenfreies WLAN.

Bild: Klaus Leidorf für die Gemeinde Ismaning

## Geplanter Jugendkreistag im Landkreis Fürstentfeldbruck

**Politische Teilhabe ist ein zentraler Faktor für den Erfolg eines freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens. Auch und gerade die jungen, noch nicht wahlberechtigten Menschen sollen dies tun können: politisch teilhaben. Bei Debatten über Themen, zu denen im Landkreis wohnende Jugendliche einen Bezug haben, können diese demokratische Abläufe erlernen. Sie erhalten zudem die Gelegenheit, unmittelbar und in einem ernsthaften Rahmen auf politische Prozesse Einfluss zu nehmen. Der Landkreis Fürstentfeldbruck schlägt dem Jugendhilfeausschuss und dem Kreistag vor, einen Jugendkreistag einzurichten.**

Landrat Thomas Karmasin hat ausgesprochen positive Erwartungen an einen künftigen Jugendkreistag: „Es wäre mir ein Vergnügen, die Sitzungen zu leiten und mit engagierten jungen Menschen zu arbeiten, die motiviert sind, die Politik im Landkreis mitzugestalten und auf die Lebensbedingungen von Jugendlichen Einfluss zu nehmen. Meine Hoffnung ist, dass der ein oder die andere Geschmack an der Politik findet und sich weiter politisch engagiert.“ Auch der Jugendreferent des Kreistags, Stefan Floercke, zeigt sich optimistisch und beschreibt den geplanten Jugendkreistag als geeignete Plattform, um auf die Belange der im Landkreis wohnhaften Jugendlichen aufmerksam machen zu können. Die Sitzungen sollen zwei bis dreimal im Jahr im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes stattfinden, die erste öffentliche Sitzung ist für den 17. Mai 2019 geplant.

Zur Vorstellung des Projektes waren auch Vertreter einiger teilnehmender Schulen geladen. Sabine Kehr, die an der Mittelschule Fürstentfeldbruck das dortige Schülerparlament gegründet hat und nun in der Julius-Maximilians-Universität Würzburg über Didaktik der Sozialkunde lehrt, lobte die Chance, auch auf Ebene des Landkreises eine politische Stimme für Schülerinnen und Schüler zu installieren und nun effektiv auf unterschiedlichen politischen Ebenen zusammenarbeiten zu können. Jakob Rau, Schülersprecher des Graf-Rasso-Gymnasiums in Fürstentfeldbruck und künftiger Jugendkreistag: „Ich freue mich auf die Arbeit im Jugendkreistag und bin schon sehr gespannt. Die Wünsche meiner Mitschüler will ich in den Jugendkreistag mitnehmen und so versuchen, etwas zu bewegen.“

Laut Landrat Thomas Karmasin legt der Landkreis darauf Wert, dass alle Schularten am Projekt beteiligt werden sollen, also neben den Gymnasien und Realschulen auch die Mittelschulen, Privatschulen und Förderzentren des Landkreises. Gabriele Pfob, Schulleiterin des Förderzentrums Eugen-Papst-Schule in Germering, hebt den inklusiven Gedanken und das Engagement des Landkreises hervor: „Zum Transport der Schülerinnen und Schüler sollen sogar Busse zur Verfügung gestellt werden. Ich bin froh, dass wirklich alle jungen Menschen die Gelegenheit erhalten, ihre Meinung zu finden und

„Geopark Ries kulinarisch“ laden zu Ausflügen und Urlaubsreisen in den Geopark Ries ein und fördern damit den „Geotourismus“, der ein wichtiges Instrument der regionalen Entwicklung darstellt.

zu artikulieren; dabei spielen auch Herkunft und Milieu keine Rolle.“

Der geplante Jugendkreistag ist mit ca. 60 Delegierten aus den 26 beteiligten Schulen besetzt. Schülerinnen und Schüler, die an dem Gremium mehrfach teilnehmen, sollen außerdem ein Zertifikat als Wertschätzung ihres Engagements erhalten.

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Monika Steer  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Lutz Roßmann (Landtag)  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertriebs:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungsweise und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



## Gemeinsam für Europa im deutsch-französischen Jugendaustausch

Augsburg. Bereits zum 14. Mal lud das Europabüro des Bezirks Schwaben Vertreter aus den schwäbischen Gemeinden und Partnerschaftsvereinen mit Beziehungen zum französischen Département de la Mayenne zum Erfahrungsaustausch bei der Durchführung von Jugendbegegnungen ein. Die 14 Aktiven aus den sieben schwäbischen Gemeinden Diedorf, Ichenhausen, Irsee, Kirchheim, Langerringen, Oy-Mittelberg und Waltenhofen hatten viel zu berichten. Chantal Sell, zuständig für die Partnerschaft mit dem französischen Département de la Mayenne beim Bezirk Schwaben und Organisatorin des Seminars, begrüßte die Teilnehmer, die in ihren Gemeinden ehrenamtlich den Jugendaustausch mit ihrer französischen Partnergemeinde organisieren und begleiten.

Im Rahmen eines sogenannten World-Cafés wurden die Aktivitäten und Höhepunkte der jeweiligen Austausche aus dem vergangenen Jahr sowie Wünsche und Erwartungen für den Austausch in diesem Jahr vorgestellt. Einig war man sich, dass der gemeinsame Jugendaustausch das Verständnis für die andere Kultur fördert, zu neuen Freundschaften führt und damit auch zu positiven Emotionen im Rahmen der europäischen Verständigung beiträgt.

Bild: Chantal Sell/Bezirk Schwaben

Neu-Ulm feiert 150. Stadtjubiläum:

## Viele Gesichter

Die Stadt Neu-Ulm startet in die umfangreichsten Feierlichkeiten ihrer noch jungen Geschichte. Es gilt, 150 Jahre Stadterhebung zu begehen – und das sechs Monate lang. Das gesamte Jubiläum steht unter dem Leitgedanken „Wir leben neu“.

Im Jahr 1869 verlieh Ludwig II. Neu-Ulm „in allergnädigstem Wohlwollen“ die Stadtrechte. 58 Jahre, nachdem das Gemeindefleben von „Ulm auf dem rechten Donauufer“ begann, erwachte durch die Stadterhebung in der Gemeinde ein neues Selbstbewusstsein, eine neue Ära war eingeläutet. Seitdem war und ist Neu-Ulm ein Ort, an dem das Neue einen besonderen Stellenwert genießt.

Gefeiert wird vom 7. April bis 29. September 2019. Das Datum flankiert die Termine 7. April 1811 und 29. September 1869: Am 7. April 1811 gab König Max I. Joseph die Erlaubnis, dass eine Gemeinde gegründet werden durfte. Am 29. September 1869 erhob König Ludwig II. Neu-Ulm „in allergnädigstem Wohlwollen (...)“ in die Reihe der Städte des Königreichs Bayern.

Ein Gemeinschaftsprojekt

Im Jubiläumsjahr wird es nicht nur von der Stadt organisierte neue und außergewöhnliche Projekte und Veranstaltungen geben, sondern auch besondere Projekte aus der Bürgerschaft heraus. Das Jubiläum ist gewissermaßen ein Gemeinschaftsprojekt aller Neu-Ulmer für Neu-Ulmer und Gäste aus der gesamten Region.

Neu-Ulm neu sehen? Dazu laden die Streifzüge mit auswärtigen Künstlern ein, die sich auf Einladung des Edwin Scharff Museums der Stadt und ihrem öffentlichen Raum auf unkonventionelle Weise nähern. Nicht nur das historisch Bedeutsame oder die Kunst in der Stadt, sondern das im Geheimen Gewachsene, Zufällige und nur beiläufig Wahrgenommene steht bei den Streifzügen im Mittelpunkt. Mal wird einem Performance-Duo gefolgt, mal erklingt Musik an ungewöhnlichen Orten. Eine teils poetische, teils skurrile, immer aber hinter- und eigensinnige Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum, der zur Diskussion anregt.

Regionalromane sind angesagt. Neu-Ulm denkt hier neu und weiter: Die Stadt freut sich, mit der Konstanzer Autorin Cons-

tance Hotz die erste Neu-Ulmer Stadtschreiberin bekannt geben zu können. Constance Hotz wird 2019 zum 150-jährigen Jubiläum der Stadt Neu-Ulm für vier Monate in der Stadt leben und arbeiten, vor Ort recherchieren und Jubiläumsveranstaltungen begleiten. Geplant sind neben der Präsenz im Sozial- und Kulturleben auch Beiträge bei Literaturveranstaltungen und ein Blog, der einen Einblick in die „Erste Stadtschreiberstelle Neu-Ulms“ bietet. Ihre Erfahrungen und Erlebnisse in Neu-Ulm sind Grundlage für ein Buch, das Constance Hotz über Neu-Ulm verfassen wird.

Ein weiteres Projekt ist eine App zur Kunst im öffentlichen Raum, die die Stadt programmieren lässt. Sie soll per QR-Code Informationen und Kommentare zu 30 Skulpturen oder Plätzen liefern. Die Codes bleiben auch nach dem Feiersommer bestehen. Streifzüge mit Künstlern durch die Stadt sollen zur Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Raum anregen. Sie starten im Innenhof des Edwin-Scharff-Museums.

Erklärfilm für Kinder

Diverse Projekte binden auch die jüngsten Neu-Ulmer in die Feierlichkeiten ein. 150 Jahre jung soll ein Erklärfilm heißen, in dem Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren über ihre Stadt sprechen: über lässige Freizeitaktivitäten, über allgemein geschichtliches oder persönliche Erlebnisse, über die gemütlichsten Plauderecken, die leckersten Mittags-Snacks, aufregenden Skater-Kurven, vom Chillen auf dem Schwal, vom Spielen im Glacis und von ihren Lieblingsplätzen. Darüber hinaus verraten sie auch ihre Wünsche für die künftige Stadtentwicklung. So entsteht in Kooperation mit dem Bayerischen Rundfunk ein charmanter Erklärfilm von Kindern für alle Interessierten.

In der fotoAusstellung „Neu-Ulm früher und heute“ werden Aufnahmen von Neu-Ulmer Gebäuden, Straßenzügen und von Neu-Ulmer Stadtbereichen gezeigt. Wie hat sich Neu-Ulm in

den vergangenen Jahrzehnten und bis heute verändert und optisch entwickelt? In Neu-Ulmer Geschäften wird die Entwicklung des Innenstadtbereichs auf Leinwänden/Fotos präsentiert. Ebenso auch in der Glacis-Galerie.

Dort steigt auch die Neu-Ulmer Geburtstagsparty. Auf drei Dancefloors werden Ulmer und Neu-Ulm DJs mit Hip-Hop, R'n'B, Soul, House, Electro, Oldies, Schlager, 80er und 90er Disco-Hits sowie Pop und Rock für die richtige Stimmung sorgen. Auch Stars aus der Blogger- und Youtube-Szene werden erwartet. Als Beiprogramm dürfen sich die Gäste auf ein gehobenes Entertainment-Programm von und mit Veranaltern aus Ibiza sowie eine ausgefallene Erlebnisgastroonomie freuen.

Musical „Ozeanflieger“

Flugpionier und Pilotenlegende: Dem Neu-Ulmer Hermann Köhl gelang mit einer Junkers 33 der erste Atlantik-Überflug in Ost-West-Richtung. Die Musikschule der Stadt Neu-Ulm präsentiert das Musical „Ozeanflieger“ zum Mythos, das für das Stadtjubiläum eigens komponiert wurde. Musiker und Chor der Musikschule übernehmen die Aufführung.

Und schließlich geht es darum, Neu-Ulm mit historischem Auge neu zu erleben und mit dem Fahrrad größere Kreise zu ziehen. Drei Gästeführer zeigen die Stadt jeweils aus einem neuen Blickpunkt. Der erste Bürgermeister Dr. Wilhelm Sick wird die Gäste bei der Führung „Nun endlich sind wir Städter“ durch das Neu-Ulm zur Zeit der Stadterhebung führen.

Eine Gärtnerin zeigt im Rahmen der Führung „Neu-Ulm als Gartenstadt“ das grüne Neu-Ulm. Die Institution der Gartengesellschaft, die Glacisanlage, der Kollmannspark und die vielen kleinen grünen Inseln der Stadt stehen im Fokus. Schlussendlich haben Interessierte auch die Möglichkeit, sich aufs Fahrrad zu schwingen und bei den Raddtouren „Mit dem Zweirad durch die Zweilandstadt Neu-Ulm“ aus der Innenstadt hinaus zu radeln und beispielsweise die historische Seite des Wileys oder Offenhausens zu entdecken. **DK**

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Die Jugend ist auf der Straße. An den Fridays for Future demonstrieren sie für mehr Klimaschutz und ziehen gegen eine europäische Richtlinie zur Regelung des Urheberrechts zu Felde. Aber jetzt so zu tun, als sei alle Welt verpflichtet, diesen Forderungen nachzukommen, ist doch etwas daneben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sieht im Umgang mit den Jugendprotesten auch so etwas wie eine Lehrstunde in Demokratie.

Wir haben es mit zwei Internetphänomenen zu tun. Das erste handelt von einer jungen Frau mit dem Habitus eines schüchternen Mädchens, das in Schweden an Freitagen die Schule schwänzt und dies mit der Forderung verknüpft, die ganze Menschheit solle mehr

## Lehrstunde in Demokratie

für den Klimaschutz tun, sonst würde sie weiterhin im kalten Stockholm mit einem selbstgemalten Pappschild in der Hand auf der Straße vor dem Reichstag stehen, statt am Unterricht teilzunehmen. Eigentlich eine Nichtnachricht aus einer Gegend Europas, die nur selten im Fokus des Interesses steht. Greta Thunberg aber wurde zur Heldin der Sozialen Medien. Der Hashtag #FridaysForFuture hat erst die Kids in Schweden aufgestachelt, dann ist die Idee auf ganz Europa übersprungen und breitet sich nun wie eine Krake in der ganzen Welt aus. Der australische Bildungsminister hat die gleichen Probleme wie der bayerische!

Dabei hat diese so genannte Bewegung eigentlich keine konkreten, greifbaren Forderungen, außer es muss irgendwie was anders werden. Mittlerweile sieht man auch immer weniger selbstgebastelte Pappschilder und mehr professionell von K-Gruppen erstellte Banner, auf denen der Kapitalismus als eigentliches Problem und Verursacher der Erderwärmung identifiziert wird. Dennoch spricht Greta Thunberg vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos, wird von Forschungsinstituten eingeladen und war Gaststar der UN-Klimakonferenz, einschließlich Gespräch mit dem UN-Generalsekretär.

Was die junge Frau legitimiert und welche Expertise sie hat, wird gar nicht mehr hinterfragt. Auch nicht, dass sie sich wohl keinen Gefallen tut, wenn sie sich als Gallionsfigur her-

umreichen lässt. So sollten all die Preise und all die Aufmerksamkeit weniger ihren Klimaideen gelten, als dafür vergeben werden, dass sie es geschafft hat, mittels des Netzes von einem spleenigen Backfisch zu einer globalen Ikone zu werden.

Das andere Phänomen war der Protest gegen die neue Urhebersrichtlinie der EU. Mein Gott Urheberrecht! Das sollte doch für einen gesunden 18-Jährigen so interessant sein wie die Blasenteuerung vor der heute-Sendung. Und dennoch haben buchstäblich zehntausende Teens und Twens über Wochen mit wissender Attitüde auf den Marktplätzen deutlich zu machen versucht, wie tief der Einschnitt in ihr Leben ist, wenn Schöpfer und Kreative für ihre Leistungen an die Gesellschaft ein paar Kreuzer mehr erhalten.

Ihr Informationsmedium war natürlich wieder das Internet, waren so genannte Influencer, die eine ganze komplexe Regelungsmaterie auf das kurze Desiderat „Artikel 13 ist Mist“ gebracht und ihre Follower zu Aktionen aufgerufen haben. Anders als in anderen europäischen Ländern, in denen der Empörungslust nur knapp über die Wahrnehmbarkeitsgrenze schlug, haben sie in Deutschland die Politszene gut durcheinander gebracht. Die Bundesjustizministerin legt Eiertänze hin, warum sie eigentlich schon immer gegen das europäische Teufelszeug war und auch die CDU sucht jetzt pfiffige Wege, die Kreativen und die Netzaktivisten zu versöhnen.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht das Engagement mit Wohlwollen, solange der Protest friedlich und demokratisch bleibt. Nicht verstehen kann er allerdings Stimmen, die der Politik Versagen vorwerfen, weil den Forderungen der jungen Leute nicht nachgegeben wurde. Meinungsäußerung ist in der Demokratie doch das Eine, Mehrheiten sind das Andere. Das mussten schon die 68er und die Atomkraftgegner erfahren und haben dann den Weg durch die Institutionen angetreten. Ich selbst halte es mit Stefan Zweig: „Was ist Jugend: Die unbändige Lust, die eigenen Gefühle und Ideen noch ganz heiß aus sich herauszustoßen.“

Ihre Sabina

## Zusammenarbeit im DANUBE-PARKS-Netzwerk wird fortgesetzt

Landkreis Passau unterzeichnet Kooperationsvereinbarung – Effizienz von Maßnahmen steigern

Passau/Wien. Vertreterinnen und Vertreter von 17 Naturschutzgebieten aus 9 Donauländern trafen sich in Wien zur alljährlichen Hauptversammlung des Netzwerks der Donau-Schutzgebiete. Die erfolgreiche Ära von Präsident Carl Manzano geht zu Ende – 10 Millionen Euro wurden unter seiner Präsidentschaft von DANUBE-PARKS für den donauweiten Naturschutz investiert. Die Weichen für die zukünftige Zusammenarbeit wurden dabei gestellt.

Die Donau ist für die Artenvielfalt Europas von herausragender Bedeutung. Dieser Naturraum ist Heimat für seltene Tier- und Pflanzenarten und Lebensraum für 110 Millionen Bewohner im Donauraum. Die Naturschutzreservate an der Donau sind die wichtigsten Gebiete, um diese Landschaften in ihrer Vielfalt auch für die kommenden Generationen zu erhalten.

Seit 2007 arbeiten die Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturparks im DANUBE-PARKS-Netzwerk zusammen. Mehr als 10 Jahre lenkte dessen Geschicke der Nationalpark Donau-Auen mit Präsident Carl Manzano an der Spitze. DANUBE-PARKS hat sich von einer kleinen Interessengemeinschaft zu einer europaweit ausgezeichneten Naturschutz-Dachmarke entwickelt. Mehrere transnationale EU-Projekte wurden von DANUBE-PARKS abgewickelt, 10 Millionen Euro wurden in donauweite Maßnahmen für den Schutz der Fluss-Ökosysteme, in den grenzübergreifenden Artenschutz und in den Naturtourismus investiert.

Bei der Jahreshauptversammlung in Wien verabschiedete sich Carl Manzano, scheidender Direktor des Nationalpark Donau-Auen auch als Präsident von DANUBE-PARKS. Seine Nachfolge tritt Vlatko Rožac aus dem kroatischen Naturpark Kopacki rit an.

Außerdem wurde die Kooperationsvereinbarung der Donau-Canyons unterzeichnet. „Überall dort, wo die Donau enge Schluchten oder malerische Täler formt, finden wir ganz besonders spektakuläre Schutzgebiete“, erklärte DANUBE-PARKS Generalsekretär Georg Frank. Fachleute aus Deutschland (Donauengtal bei Passau) und Österreich (Wachau, ausgezeichnet als Weltkulturerbe der UNESCO), vom „Donauknie“ in Ungarn, aus Serbien (Nationalpark Djerdap) und Rumänien (Naturpark Eisernes Tor) haben im Vorfeld zwei Jahre lang gemeinsame Strategien ausgearbeitet.

„Der Wiener Leopoldsdorf mit seinem grandiosen Blick über die Donau ist ein würdiger Standort für die Unterzeichnung dieses Ko-

operationsabkommens“, betonte der neue DANUBE-PARKS Präsident Vlatko Rožac im Rahmen der Veranstaltung.

Auch der Stellvertreter des Landrats aus Passau, Raimund Kneidinger hat die entsprechende Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Denn auch das Passauer Land mit seinem über 50 Kilometer langen Donauabschnitt ist Mitglied des Netzwerks. Bei der nun geschlossenen Vereinbarung geht es um den Erhalt der Lebensräume und der Artenvielfalt in den Donauengtälern und – schluchten. Mit der Zusammenarbeit der einzelnen Regionen soll die Effizienz lokaler Maßnahmen gesteigert werden.

Für den Landkreis Passau ist der Erfahrungs- und Wissensaustausch mit Kommunen anderer Donauschutzgebiete ein großer Mehrwert. Die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene wäre auch bei Schutzgebieten ähnlicher Struktur wünschenswert.

Die Danube Canyons als herausragend attraktive Schutzgebiete gehören zu den landschaftlichen Highlights im Donauraum. Mit dem Projekt DANUBE-PARKS-CONNECTED, finanziert im EU-Interreg Danube Transnational Programme, verstärkt das Netzwerk DANUBE-PARKS nun sein Engagement für diese Naturjuwelen. **□**

Masterstudiengang Public Management an HföD und THD:

## Akademische Abschlussfeier mit Landrat Georg Huber

Die Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern (HföD) und der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) feierten zum siebten Mal die Akademische Abschlussfeier für den Masterstudiengang Public Management. Festredner Landrat Georg Huber, Landkreis Mühldorf a. Inn, sprach über die aktuellen Themen der öffentlichen Verwaltungen: Digitalisierung, Innovationen und Personalentwicklung.

„So ein Studium ist kein Spaziergang“, lobte Landrat Huber die Absolventinnen und Absolventen. Alle hätten während ihres berufsbegleitenden Studiengangs hart arbeiten müssen. Wer dann noch einen Notendurchschnitt von 1,1 schafft, leiste Außergewöhnliches.

Die gebürtige Kulmbacherin Katharina Reuschlein ist so eine Leistungsträgerin. Nach ihrem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirtin in Hof ist sie nach Verwaltungsstationen bei Regierung und Landratsamt jetzt im bayerischen Gesundheitsministerium in einer Stabsstelle für strategische Aufgaben tätig. Die junge Frau wurde nicht nur als Jahrgangsbeste ausgezeichnet. Katharina Reuschlein und ihre Mitstudentin Irmgard Schwarz (Landgericht München) haben beide die Note 1 in ihren Masterarbeiten erzielt.

Die Studierenden des Masterstudiengangs künden traditionell auch ihren „Besten Dozenten“. Diese Würdigung wurde dem Hofer Hochschullehrer Armin Thoma zuteil. Er unterrichtet in den Modulen Doppik, Jahresabschlussanalyse sowie interkommunale Zusammenarbeit. Thoma hat 2012 selbst den akademischen Titel „Master of Arts“ im Public-Management-Studium erworben.

### Bildung und Personalentwicklung sind Chefsache

„Bildung war und ist für mich immer eines der zentralen prag-

matischen Handlungsfelder meiner politischen Arbeit“, erklärte Festredner Georg Huber, der 22 Jahre lang Bürgermeister war und seit fast 18 Jahren Landrat des Landkreises Mühldorf a. Inn ist. Aktuell baut er seinen Landkreis von einer zertifizierten zu einer digitalen Bildungsregion in Bayern aus. Um die Forderungen aus Politik und Wirtschaft zeitnah umzusetzen, sollen die Landkreis-Schulen sowie Städte und Gemeinden digital ausgestattet und durch die Landkreis-EDV unterstützt werden.

„Was die Fachkräfte betrifft, steht die Verwaltung hier vor einer sehr großen Herausforderung“, so der Landkreischef. „Die Verwaltung muss weiterhin sehr intensiv dafür sorgen, dass Dienstleistungen rund um die Uhr, zeitnah und bürgernah geleistet werden können.“ Dazu brauche man mehr denn je gut ausgebildete Fachkräfte.

### Masterstudiengang für interne Qualifizierung

Landrat Huber zeigte sich deshalb besonders zufrieden, dass die Hochschule für den öffentlichen Dienst in Hof und die Technische Hochschule Deggendorf den Studiengang „Public Management“ seit 2010 gemeinsam anbieten. Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt Mühldorf haben diesen Studiengang bereits erfolgreich abgeschlossen. Ein Mitarbeiter ist gerade im zweiten Semester. Auf seine junge Führungstrup-

pe, die bereichsübergreifend zusammenarbeitet, sich gegenseitig vertritt und unterstützt, sei er sehr stolz, hob der Landrat hervor. „Deshalb werden wir auch in Zukunft diese Art von Personalentwicklung sehr stark ausbauen und unterstützen!“

Aufgrund seiner positiven Erfahrungen mit dem berufs begleitenden Masterstudiengang „Public Management“ rät Huber Bürgermeistern, Landräten sowie staatlichen Behördenleitern und Personalverantwortlichen dieses Instrument der internen Qualifizierung zu nutzen.

### Digitalisierung von Verwaltungsleistungen

Die Digitalisierung ist „von der Wucht her vergleichbar mit der Reformation“, zitierte Georg Huber den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. Huber ist Leiter der Projektgruppe „Organisation/E-Government“ des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistages. Bei der Entwicklung und Umsetzung digitaler Projekte ist das Landratsamt Mühldorf a. Inn vielfach Vorreiter.

So wurde 2012 ein Dokumenten-Management-System (DMS) im Landratsamt eingeführt und Ende 2018 vollständig auf die E-Akte umgestellt. Alle Bestandsdaten sind verscannt und auch das Fachpersonal entsprechend aufgestockt. Um das Landratsamt Mühldorf a. Inn als modernes Dienstleistungsunternehmen nachhaltig zu platzieren, wurden die Kommunikationskanäle digitalisiert und in den letzten zwei Jahren rund 300 Schulungen durchgeführt.

Die Anforderungen sind hoch: Nach einem aktuellen Kabinettsbeschluss sollen in Bayern bereits bis Ende 2020 die wichtigsten Verwaltungsleistungen online bereitstehen.

### Digitalkompetenz ausbauen

Für die Zukunft komme es daher entscheidend darauf an, die Digitalkompetenz der Beschäf-



Mühldorfs Landrat Georg Huber (3. v. r.) mit den erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen. □

tigten weiter auszubauen, unterstrich Huber und nannte die Verschlüsselung von E-Mails, Datensicherheit, den Umgang mit der E-Akte, aber auch die Vermarktung des eigenen Fachbereichs nach außen. „Ich bin daher froh, dass Digitalisierung ein Teil des Lehrplanes ist, wie auch die Fächer Kommunikation, Interkulturelle Kommunikation oder Marketing.“

### „Silodenken“ überwinden, Innovationen schaffen

An die Absolventinnen und Absolventen gewandt, forderte Landrat Huber, den Prozess der Digitalisierung als Anlass zu nehmen, um herkömmliche und bewährte Strukturen zu hinterfragen. „Es wird für Sie eine der vielen Anforderungen sein, flexibel und agil auf neue Entwicklungen zu agieren. Es geht darum das oft zitierte ‚Silodenken‘ zu überwinden.“

So hat der Landkreis Mühldorf a. Inn in Abstimmung mit anderen Landratsämtern die „Bürger-Information- und Warn-App“ (BIWAPP) entwickelt. Die Smartphone-App warnt vor Gefahrensituationen im Landkreis und informiert zu Themen der Abfallwirtschaft, Straßensperren, Schulausfälle oder neu Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe.

Zusammen mit anderen Landratsämtern beteiligt sich der

Landkreis Mühldorf auch am Pilotprojekt „Chatbot“ des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistages. Durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz soll ein automatisiertes Chatprogramm die Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantworten. Dies ist an 24 Stunden pro Tag und 7 Tage die Woche möglich, ohne Personalaufwand bei voller Barrierefreiheit. „Der Chatbot wird zu Beginn nicht alle Fragen beantworten können. Es werden Auswertungen erfolgen und Verbesserungen vorgenommen werden“, erklärte Landrat Huber und fügt bestimmt hinzu, „aber so ist das bei Innovationen!“

### Gestalten durch Kooperation und Teamwork

„Ich bin mir sicher, als zukünftige Führungskräfte sind Sie gut aufgestellt und vorbereitet, um nicht (nur) zu verwalten, sondern auch um zu gestalten“, gab der Landrat den Master-Absolventinnen und -Absolventen auf den Weg. „Sie werden während Ihrer Studienzeit sicherlich auch gute Kontakte geknüpft haben: Nutzen Sie diese und denken Sie immer auch daran, dass sich mit Kooperation und Teamwork viele Herausforderungen und Probleme wesentlich leichter beheben lassen.“

Die Glückwünsche an die Absolventinnen und Absolventen zu

ihrem akademischen Abschluss kamen von allen Seiten. Fachbereichsleiter Harald Wilhelm wünschte ihnen viel Erfolg für ihr berufliches Weiterkommen. Studiengangleiterin Dr. Hildegard Zeilinger stellte in einer launigen Rückschau den bisherigen Karriereweg und die persönlichen Beiträge der Einzelnen vor, die alle zu einer Studiengruppe zusammenwachsen ließen.

### Verabschiedungen

Der Sprecher des Studienjahrgangs 2017-2019, Matthias Meier, ließ in einem Rückblick auf die persönlichen und fachlichen Anforderungen, aber auch die Highlights der vergangenen vier Semester, wichtige Meilensteine des Studiums noch einmal Revue passieren.

Vor dem Hütewerfen im Innenhof der Hochschule und dem festlichen Abendessen wurde Dr. Josef Ibler verabschiedet. Er geht Ende des Jahres in Pension. Studiengangleiter Prof. Dr. Konrad Schindlbeck (Technische Hochschule Deggendorf) erinnerte an die gemeinsame Aufbauarbeit für das Weiterbildungsstudium seit 2006 und lobte das Engagement seines Hofer Kollegen, das schließlich 2010 zum Studienstart führte. Dr. Ibler war Studiengangleiter und lehrte in den Fächern Rechnungswesen und Beteiligungsmanagement. □

LIEFERANTEN

GZ

NACHWEIS

### Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 643

**Hugo Knödler GmbH**  
www.ansperrpfosten.com

### Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 641

**Hugo Knödler GmbH**  
www.fahnenmast.com

### Abzeichen

FAHNEN  
KOBURG



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN  
KOBURG



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling  
Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Gewerbebau



**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

### Kommunale IT

www. **AKDB** .de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo



### Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale  
Themen direkt mit Personen,  
die ähnliche Herausforderungen  
meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

### Recyclingbaustoffe



**BAUSTOFF  
RECYCLING  
BAYERN**  
Teilnehmer am  
UNWELT  
PAKET

### Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592  
einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht  
„Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

**erdgas  
schwaben**  
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de